VERORDNUNGSBLATT
für Groß-Berlin

Herausgegeben vom
Magistrat von Groß-Berlin

4. Jahrgang / Nr. 13
Ausgabetag 17. März 1948

Lie... 19. MRZ 1948 beantwortet

Inhalt

I. Gesetze, Befehle, Verordnungen, Anordnungen

Tag		Seite
	Alliierte Behörden	
27. 2. 1948	Anordnung der Alliierten Kommandantur Berlin Nr. BK/O (48) 32, Verkündung des 18. März 1948 als Feiertag in Berlin	139
	Magistrat	
	Ernährung	
8. 10. 1947	Körordnung	140
8. 10. 1947	Gebührenordnung zur Körordnung	140
2. 3. 1948	Anordnung über Ungültigkeit von Kartoffelkarten für April und Mai 1948	141
	Wirtschaft	
12. 3. 1948	Verordnung über die Errichtung der Zentralstelle für die Holzbeschaffung	141
	Banken und Versicherungen	
11. 3. 1948	Verordnung über die Versicherungsaufsicht in Groß-Berlin	141
	Preisamt	
23. 2. 1948	Anordnung über Höchstpreise für Obst und Gemüse ab 1. März 1948 — Preisliste Nr. 3/1948	142
23. 2. 1948	Preisregelung für Gemüse- und Tabakjungpflanzen für das Jahr 1948	142
28. 2. 1948	Anordnung über Flaschen- und Dosenpfand für die pharmazeutische Industrie	142

II. Amtliche Bekanntmachungen

Tag		Seite
	Magistrat	
	Verkehr und Versorgungsbetriebe	
25. 2. 1948	Bekanntmachung der Berliner Wasserwerke über Nachprüfung und Neuzulassung von Standrohren für Hydranten	142
	Finanzwesen	
6. 3. 1948	Öffentliche Zahlungserinnerung für Gemeinde- und ehemalige Reichssteuern . . .	142
1. 3. 1948	Bekanntmachung über die Ansprüche aus Lieferungen für britische Besatzungseinheiten	142
10. 3. 1948	Bekanntmachung über die Ansprüche aus Lieferungen für französische Besatzungseinheiten	143
	Preisamt	
17. 2. 1948	Bekanntmachung über Preise für elektrische Haushaltsgeräte — Informationsblatt Nr. 1 .	143
	Polizei	
31. 1. 1948	Bekanntmachung über Erlöschen der Räude .	143
24. 2. 1948	Bekanntmachung über Ausbruch der Räude .	144
1. 3. 1948	Bekanntmachung betr. Naturdenkmal . . .	144
5. 3. 1948	Bekanntmachung über Ausbruch der Maul- und Klauenseuche	144
5. 3. 1948	Bekanntmachung betr. Frühjahrsschonzeit für Fische, den Betrieb der ständigen Fischereivorrichtungen sowie der Laichschonbezirke	144
	Justizbehörden	
	Bekanntmachungen der Gerichte	144

III. Bekanntmachungen der Wirtschaft 151

IV. Sonstige Bekanntmachungen 154

I. Gesetze, Befehle, Verordnungen, Anordnungen

Alliierte Behörden

Alliierte Kommandantur Berlin

BK/O (48) 32
27. Februar 1948

Verkündung des 18. März 1948 als Feiertag in Berlin

Bezugnehmend auf den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung, den 18. März 1948 als Feiertag zu verkünden, ordnet die Alliierte Kommandantur Berlin wie folgt an:

1. Zum Gedenken der hundertsten Wiederkehr des Jahrestages der Revolution von 1848 in Deutschland ist der 18. März 1948 als Feiertag in Berlin zu verkünden.
2. Der Arbeitsverdienst der Arbeiter und Angestellten wird für diesen Tag gemäß dem normalen Lohnsatze der festgesetzten Feiertage ausgezahlt.

Im Auftrage der Alliierten Kommandantur Berlin:
A. d'Arnoux
Colonel
Vorsitzführender Stabschef

Magistrat

Ernährung

Körordnung

Gemäß § 8 der Verordnung über die Hebung der Tierzucht und Tierhaltung im Stadtbezirk Berlin vom 15. Juni 1946 (VOBl. 1946, S. 197) wird im Benehmen mit dem Landesgesundheitsamt der Stadt Berlin folgende

Körordnung

erlassen:

§ 1

Zur Feststellung der Zuchttauglichkeit der nach § 1 der Verordnung über die Hebung der Tierzucht und Tierhaltung im Stadtbezirk Berlin vom 15. Juni 1946 in Frage kommenden Vatertiere (Hengste, Bullen, Eber, Schaf- und Ziegenböcke) wird eine Körstelle beim Tierzuchtamt der Abteilung für Ernährung des Magistrats von Groß-Berlin gebildet, und zwar mit je einer Abteilung

a) für Hengste
b) „ Bullen
c) „ Eber
d) „ Schafböcke
e) „ Ziegenböcke

Für die einzelnen Abteilungen der Körstelle werden Körkommissionen durch die Abteilung für Ernährung ernannt. Den Körkommissionen gehören an:

1. der Tierzuchtamtsleiter oder sein Stellvertreter als Vorsitzender,
2. zwei auf dem jeweiligen Tierzuchtzweig befähigte Züchter, für welche Stellvertreter zu bestellen sind,
3. der Leiter des Hauptamtes Veterinärwesen oder sein Stellvertreter.

Jedes Mitglied kann mehreren Körkommissionen angehören. Die unter 2) genannten Mitglieder und Stellvertreter werden auf 3 Jahre bestellt; sie können jederzeit abberufen werden.

Die Körkommission ist beschlußfähig, wenn der Tierzuchtamtsleiter und einer der beiden Züchter oder deren Stellvertreter anwesend sind. Sie beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt der Vorsitzende der Kommission den Ausschlag. In besonderen Fällen kann die Körung durch den Tierzuchtamtsleiter oder seinen Stellvertreter allein durchgeführt werden.

Der beamtete Tierarzt hat bei der Körung der Vatertiere Konstitutionsmängel und Erbfehler sowie den Gesundheitszustand der Vatertiere zu prüfen und zu begutachten.

Für rechtzeitige Bekanntgabe der Körtermine hat die Körstelle Sorge zu tragen.

§ 2

Die Körungen werden als Hauptkörungen, Sonderkörungen oder Nachkörungen vorgenommen und nach den Weisungen und Richtlinien der Abteilung für Ernährung durchgeführt.

Die Hauptkörungen finden nur einmal im Jahre statt und zwar als Sammelkörungen. Bei besonderen Schwierigkeiten (z. B. Seuchengefahr) kann die Körstelle eine Hauptkörung am Aufstellungsort der Vatertiere zulassen.

Die Körstelle bestimmt Ort und Zeit der Hauptkörungen. Sie können für alle Tiergattungen gemeinsam oder für einzelne Tiergattungen getrennt angeordnet werden. Die Bezirksämter sind verpflichtet, nach Aufforderung durch die Körstelle ihr alle im Bereich des Verwaltungsbezirkes stehenden Vatertiere fristgemäß zu melden.

Das Gebiet der Sammelkörung muß so groß gewählt werden, daß eine ausreichende Zahl von Vatertieren vorgeführt werden kann, ohne daß dadurch die Tierhalter unbillig beschwert werden.

Ausgeschlossen von Sammelkörungen sind kranke Vatertiere und solche Vatertiere aus Gehöften, Stallungen und Gebieten, aus denen die Ausfuhr von Tieren der betreffenden Gattung zur Verhütung des Verschleppens von Tierseuchen auf Grund seuchenpolizeilicher Bestimmungen verboten oder infolge der deswegen erlassenen Gebrauchsbeschränkung unzulässig ist.

Sonderkörungen können auf Veranstaltungen, Ausstellungen und anderen Veranstaltungen der anerkannten Züchtervereinigungen stattfinden. Vatertiere, die auf einer Haupt- oder Sonderkörung nicht vorgeführt werden konnten, sind bei Bedarf nachzukören. Anträge auf Nachkörungen sind rechtzeitig der Körstelle zuzuleiten.

Die Vatertiere müssen bei jeder Körung frei vorgestellt werden. Angekört werden nur gesunde Vatertiere, die den züchterischen Anforderungen entsprechen.

§ 3

Auf einer Hauptkörung sind alle Vatertiere der betreffenden Tierart des Körbezirks, für den sie angesetzt ist, vorzuführen, sofern diese Vatertiere ein bestimmtes Mindestalter erreicht haben und zur Zucht verwendet werden sollen. Das Mindestalter beträgt:

für Hengste	2½ Jahre
„ Bullen	12 Monate
„ Eber	6 „
„ Schafböcke	6 „
„ Ziegenböcke	6 „

In einzelnen Fällen können Ausnahmen hiervon zugelassen werden.

§ 4

Bei der Körung der Vatertiere haben sich die Körkommissionen ausschließlich nach den Bedürfnissen der Tierzucht zu richten. Die Entscheidung über die Körung der vorgeführten Vatertiere wird den Beteiligten sofort verkündet. Sie kann lauten:

1. gekört . . . . . Zuchtwertklasse I (sehr gut)
   II (gut)
   III (befriedigend)
   IV (genügend)
2. nicht gekört bzw. abgekört,
3. zurückgestellt.

Wird ein Vatertier nicht gekört, abgekört oder zurückgestellt, so ist dem Halter der Grund bekanntzugeben. Derartige Vatertiere dürfen nicht zum Decken benutzt werden.

Es dürfen nur Vatertiere gekört werden, für die ein ausreichender Abstammungs- und Leistungsnachweis einer anerkannten Züchtervereinigung vorgelegt wird. Nur in einzelnen begründeten Fällen kann von dieser Bestimmung Abstand genommen werden.

Die gekörten Bullen, Eber, Schaf- und Ziegenböcke sind zu kennzeichnen.

§ 5

Für gekörte Vatertiere wird eine Deckerlaubnis, und zwar für die Deckklasse A 1, A oder B erteilt. Erst damit gilt das Vatertier in dem Umfange der Deckerlaubnis als angekört. Vor der Ankörung sind Probesprünge von Vatertieren, die zur Ankörung vorgestellt werden sollen, zur Feststellung der Deckfähigkeit zulässig.

Die Deckerlaubnis für die Deckklasse A 1 ist für die Vatertiere zu erteilen, die für die öffentliche Zuchtbenutzung ohne Einschränkung zur Verfügung gestellt werden.

Die Deckerlaubnis für die Deckklasse A gilt für die Zuchtbenutzung innerhalb eines im Körbuch vermerkten Bezirkes.

Die Deckerlaubnis für die Deckklasse B wird für die Vatertiere erteilt, die nur zum Decken der eigenen Tiere des Halters — zum Decken fremder Tiere auch nicht unentgeltlich — verwendet werden dürfen. Die Deckerlaubnis kann auf eine bestimmte Zeit befristet, auch erst von einem späteren Zeitpunkt an zuerkannt werden. Sie wird in der Regel bis zur nächsten Hauptkörung erteilt.

Für Vatertiere, die auf einer Hauptkörung gekört werden, aber noch nicht zuchttauglich sind, ist die Deckerlaubnis zu dem Zeitpunkt zu erteilen, zu dem sie voraussichtlich zuchttauglich werden.

§ 6

Die Körstelle stellt dem Halter des Vatertieres ein Körbuch aus. Es enthält:

1. den Nachweis, daß das Vatertier gekört ist (Körschein),
2. die Deckerlaubnis.

Eintragungen in das Körbuch darf nur die Körstelle vornehmen.

Für Vatertiere, für die die Deckerlaubnis für die Deckklasse A 1 und A erteilt worden ist, stellt die Körstelle dem Halter außerdem einen Deckblock aus. In dem Deckblock hat der Halter alle Sprünge des Vatertieres einzutragen. Ferner hat er dem Halter des weiblichen Tieres, der decken läßt, aus dem Deckblock einen Deckschein auszuhändigen, der von dem Halter zwei Jahre lang aufzubewahren ist.

Der Halter eines Vatertieres ist für die Aufbewahrung des Körbuches und des Deckblockes verantwortlich und hat sie den Beauftragten der Körstelle auf Verlangen jederzeit vorzulegen und bei erneuter Vorstellung des Vatertieres auf seiner Körung mitzubringen.

§ 7

Nach erneuter Vorstellung eines gekörten Vatertieres auf einer Körung wird die Deckerlaubnis erneuert, geändert oder entzogen.

Wird ein gekörtes Vatertier nach einem anderen Körbezirk oder Ort verbracht, für den die erteilte Deckerlaubnis nicht gilt, so bestimmt die Körstelle, ob die Deckerlaubnis aufrechtzuerhalten, zu entziehen oder zu ändern ist. Leiden Vatertiere an Krankheiten, die nach dem Gutachten des beamteten Tierarztes auf weibliche Tiere übertragbar sind, oder sind sie solcher Krankheiten verdächtig, so ruht bis zur amtstierärztlichen Feststellung der Abheilung der Krankheit oder der Verdächtigung die für das Vatertier erteilte Deckerlaubnis.

Wird eine Deckerlaubnis entzogen oder ist sie abgelaufen, so gilt das Vatertier für diesen Zeitraum ebenfalls als abgekört.

Wird eine Deckerlaubnis geändert, so gilt das Vatertier in dem Umfange der neuen Deckerlaubnis als abgekört.

Die Körstelle hat Körbuch und Deckblock abgekörter Vatertiere einzuziehen. Eine Veränderung der Deckerlaubnis hat sie im Körbuch entsprechend zu vermerken.

Die Ergebnisse der Ankörungen sind öffentlich bekanntzugeben.

§ 8

Die Abteilung für Ernährung setzt die Höhe der Körgebühren innerhalb der einzelnen Abteilungen der Körstelle fest. Die Körgebühren sind bei der Körung zu zahlen. Die Einziehung erfolgt im Verwaltungszwangsverfahren.

Die Abteilung für Ernährung hat Mindestdeckgelder festzusetzen, sie kann auch Höchstsätze für Deckgelder bestimmen.

§ 9

Die Körstelle kann mit Zustimmung des Landesgesundheitsamtes anordnen, daß nicht angekörte oder abgekörte Vatertiere innerhalb einer festgesetzten Frist unfruchtbar zu machen oder zu schlachten sind.

§ 10

Den Vatertieren dürfen nur gesunde weibliche Tiere zugeführt werden. Im Zweifelsfalle muß der Halter des Vatertieres ein tierärztliches Zeugnis verlangen.

Die Halter von Vatertieren sind verpflichtet, den Stall eines angekörten Vatertieres mit Deckerlaubnis für die Deckklasse A 1 oder A entsprechend zu kennzeichnen.

§ 11

Eine Entschädigung wegen eines Schadens, der durch eine Maßnahme auf Grund dieser Körordnung entsteht, wird nicht gewährt.

§ 12

Die Körordnung tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 8. Oktober 1947.

Magistrat von Groß-Berlin
Abteilung für Ernährung
Fuellsack

Gebührenordnung zur Körordnung

Gemäß § 8 der Körordnung vom 8. Oktober 1947 werden folgende Gebühren festgesetzt:

§ 1

A. Hauptkörungen und Sonderkörungen			
1.	Körgebühren für	Hengste	15,— RM
2.	„ „	Bullen	10,— RM
3.	„ „	Eber	5,— RM
4.	„ „	Schafböcke	3,— RM
5.	„ „	Ziegenböcke	3,— RM
B. Nachkörungen			
1.	Körgebühren für	Hengste	30,— RM
2.	„ „	Bullen	20,— RM
3.	„ „	Eber	10,— RM
4.	„ „	Schafböcke	6,— RM
5.	„ „	Ziegenböcke	6,— RM

§ 2

Die Körgebühren sind bei der Körung zu zahlen. Die Einziehung erfolgt im Verwaltungszwangsverfahren.

§ 3

Die Gebührenordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 8. Oktober 1947.

Magistrat von Groß-Berlin
Abteilung für Ernährung
Fuellsack

Ungültigkeit von Kartoffelkarten für April und Mai 1948

Auf Grund der Verordnung über die öffentliche Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vom 27. August 1939 (RGBl. I Seite 1521) wird bestimmt:

1. Die auf ziegelrotem Papier im Buchdruck ohne Untergrundmuster hergestellten Kartoffelkarten für April und Mai 1948 sind ungültig, sie waren zur Belieferung noch nicht freigegeben.
2. Verbraucher, die sich bereits im Besitz der noch nicht umlauffähigen Kartoffelkarte für April und Mai 1948 befinden, erhalten eine gültige Kartoffelkarte für April 1946 nur gegen Rückgabe der nach Ziffer 1 für ungültig erklärten Kartoffelkarte April/Mai 1948.
3. Kleinhandelsgeschäften, Gaststätten usw. ist es verboten, die nach Ziffer 1 ungültigen Kartoffelkarten entgegenzunehmen, zu beliefern, Gutscheine dafür auszugeben oder sie sonst irgendwie umzusetzen.
4. Zuwiderhandelnde setzen sich der Gefahr der Strafverfolgung nach den Vorschriften der Verbrauchsregelungs-Strafverordnung in der Fassung vom 26. November 1941 (RGBl. I Seite 734) aus.

Berlin, den 2. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Stellvertretender Oberbürgermeister
L. Schroeder

Wirtschaft

Errichtung der Zentralstelle für die Holzbeschaffung

Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat von Groß-Berlin haben übereinstimmend auf Grund des Befehls der Alliierten Kommandantur vom 10. April 1947 BK/O (47) 88 in Verbindung mit dem Magistratsbeschluß vom 23. Dezember 1945 folgende Verordnung beschlossen:

§ 1

Beim Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Wirtschaft, wird eine Außenstelle mit der Bezeichnung

„Zentralstelle für die Holzbeschaffung"

errichtet.

§ 2

Die Zentralstelle für die Holzbeschaffung hat die Versorgung Berlins mit Nutz- und Brennholz nach den Dienstanweisungen des Leiters der Abteilung für Wirtschaft beim Magistrat von Groß-Berlin sicherzustellen.

Die Aufgaben der Dienststelle des Beauftragten für die Brennholzbeschaffung werden von ihr übernommen.

§ 3

Organe der Zentralstelle für die Holzbeschaffung sind:
a) der Geschäftsführer,
b) der Beirat.

§ 4

Der Geschäftsführer wird vom Magistrat von Groß-Berlin bestellt und abberufen. Er untersteht der Dienstaufsicht des Leiters der Abteilung für Wirtschaft beim Magistrat von Groß-Berlin und hat die Geschäfte nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen sowie der Dienstanweisung zu führen.

§ 5

Der Beirat besteht aus 13 Mitgliedern und wird vom Leiter der Abteilung für Wirtschaft beim Magistrat von Groß-Berlin bestellt.

Ihm gehören an:
1 Vertreter des Magistrats von Groß-Berlin, Abteilung für Wirtschaft,
1 Vertreter des Magistrats von Groß-Berlin, Abteilung für Bau- und Wohnungswesen,
1 Vertreter des Magistrats von Groß-Berlin, Abteilung für städt. Betriebe,
1 Vertreter des Magistrats von Groß-Berlin, Abteilung für Verkehr und Versorgungsbetriebe,
1 Vertreter des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes,
2 Vertreter des Holzhandels,
2 Vertreter der holzbe- und holzverarbeitenden Industrie,
2 Vertreter des Baugewerbes,
2 Vertreter des holzverarbeitenden Handwerks.

Bis zur Errichtung der Wirtschaftskammer werden die Vertreter des Holzhandels, der holzbe- und holzverarbeitenden Industrie sowie des holzverarbeitenden Handwerks von der Abteilung für Wirtschaft, die Vertreter des Baugewerbes von der Abteilung für Bau- und Wohnungswesen des Magistrats von Groß-Berlin ernannt.

Der Beiratsvorsitzende wird vom Beirat für die Dauer eines Jahres gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

§ 6

Die Tätigkeit der Beiratsmitglieder ist ehrenamtlich.

Der Beirat faßt seine Beschlüsse in Form von Empfehlungen in Sitzungen, zu denen die Mitglieder vom Vorsitzenden des Beirates unter Angabe der Tagesordnung einberufen werden.

Der Geschäftsführer der Zentralstelle für die Holzbeschaffung nimmt an den Sitzungen teil.

Der Beirat tagt mindestens einmal im Vierteljahr.

Der Beirat setzt seine Geschäftsordnung selbst fest. Er ist arbeitsfähig, wenn sämtliche Mitglieder eingeladen und mindestens 5 Mitglieder anwesend sind.

Zur Annahme von Empfehlungen ist eine einfache Stimmenmehrheit ausreichend; bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.

Über die Beratung des Beirates ist eine Niederschrift anzufertigen, die vom dem Vorsitzenden zu unterschreiben und von dem Geschäftsführer aufzubewahren ist.

§ 7

Die Zentralstelle für die Holzbeschaffung ist berechtigt zur Deckung ihrer Ausgaben eine Gebühr zu erheben.

§ 8

Gebührenpflichtig sind:
1. alle natürlichen und juristischen Personen die Rund- und Schnittholz, Telegrafenstangen, Masten, Schwellen, Furniere, Sperrholz, Tankholz oder sonstige Hölzer, die zur Verwertung in Berlin bestimmt sind einschl. der Holznebenprodukte regelmäßig auf eigene Rechnung an Dritte verkaufen,
2. alle natürlichen und juristischen Personen die die in Abs. 1 genannten Hölzer be- und verarbeiten oder anderweitig verwenden,
3. alle Brennholz-Einzelhändler und nicht über den Handel beziehende Großverbraucher von Brennholz.

§ 9

Die Gebühr beträgt:
1. beim Holz-Großhandel 0,5 % des steuerpflichtigen Umsatzes der in § 8 Abs. 1 genannten Hölzer;
2. bei allen natürlichen und juristischen Personen, die die in § 8 Abs. 1 genannten Hölzer be- und verarbeiten bzw. anderweitig verwenden 1,5 % der Einkaufssumme, soweit der Bezug über den zugelassenen Handel erfolgt, 2 % des Bezugspreises bzw. Verrechnungsbetrages, wenn der Bezug unmittelbar von der erzeugenden Industrie unter Ausschaltung des Handels oder von eigenen Werken in oder außerhalb Berlins erfolgt,
3. für Brennholzlieferungen 0,20 RM pro rm für alles in Berlin anfallende oder in Berlin zum Verbrauch gelangende Brennholz.

Die Gebühr ist zu zahlen für alle Einkäufe und Umsätze der in § 8 Abs. 1 genannten Hölzer sowie an Brennholz, die nach dem 1. Mai 1947 getätigt worden sind.

§ 10

Die Gebühr wird fällig im Zeitpunkt der Übernahme der Hölzer durch die jeweils gebührenpflichtige Person.

§ 11

Eine Abwälzung der Gebühr auf die Verkaufspreise ist verboten. Die Gebühr ist aus der Gewinnspanne zu tragen.

§ 12

Die Zentralstelle für die Holzbeschaffung wird ermächtigt, laufend von allen Holzbedarfsträgern und Holzhändlern an Hand eines erteilten Vordruckes wert- und mengenmäßige Angaben über die der Errechnung der Gebühr zugrunde liegenden Hölzer anzufordern und sich gegebenenfalls Ein- und Verkaufsrechnungen vorlegen zu lassen.

Die Bestimmungen der Verordnung über die Auskunftspflicht vom 13. Juli 1923 (RGBl. I Seite 723) finden sinngemäß Anwendung.

§ 13

Wenn die Deckung der Ausgaben der Zentralstelle für die Holzbeschaffung im voraus für 2 Monate sichergestellt ist, ist der Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Wirtschaft verpflichtet, eine entsprechende Ermäßigung der Gebühr anzuordnen. Eine Herabsetzung der Gebühr auf den ursprünglich veranlagten Betrag ist von der Zentralstelle für die Holzbeschaffung mit Zustimmung des Magistrats von Groß-Berlin dann vorzunehmen, wenn die Ausgaben nur noch für 1 Monat gedeckt sind.

§ 14

Der Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Wirtschaft, erläßt die zur Durchführung dieser Verordnung notwendigen Verwaltungsvorschriften.

§ 15

Die Verordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Verordnungsblatt für Groß-Berlin in Kraft.

Berlin, den 12. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Stellvertretender Oberbürgermeister
L. Schroeder

Banken und Versicherungen

Verordnung über die Versicherungsaufsicht in Groß-Berlin

1. Die in Berlin arbeitenden Versicherungsunternehmungen und Bausparkassen — mit Ausnahme der Sozialversicherungsanstalt — bedürfen der Genehmigung und unterliegen der Aufsicht durch das „Aufsichtsamt für das Versicherungswesen" (im folgenden kurz „Aufsichtsamt" genannt) nach Maßgabe der geltenden Gesetze.
2. Die im „Versicherungs- und Bausparkassenaufsichtsgesetz" (im folgenden kurz „VAG" genannt) für das Aufsichtsamt vorgesehenen Senate und der Versicherungsbeirat sind unverzüglich zu bilden. Der Versicherungsbeirat besteht aus 30 vom Magistrat zu ernennenden Sachverständigen des Versicherungswesens. Er setzt sich wie folgt zusammen:
   a) 12 Vertreter der Versicherungsunternehmungen, davon drei Vertreter von öffentlich-rechtlichen Unternehmungen und ein Vertreter der Bausparkassen; vorzuschlagen von der Wirtschaftskammer, bis zu deren Errichtung der Abteilung für Wirtschaft;
   b) 12 Vertreter der Versicherungsnehmer, davon sechs Vertreter der Wirtschaft als gewerbliche Versicherungsnehmer, je zwei von Handel, Handwerk und Industrie, vorzuschlagen von der Wirtschaftskammer, bis zu deren Errichtung der Abteilung für Wirtschaft;
   5 Vertreter der sonstigen Versicherungsnehmer, vorzuschlagen von der Stadtverordnetenversammlung, die dieser nicht anzugehören brauchen;
   1 Vertreter des Preisamtes vorzuschlagen vom Preisamt;
   c) 3 Vertreter der Versicherungsangestellten vorzuschlagen vom FDGB;
   d) 3 Vertreter des Versicherungsaußendienstes (je einen der Agenten, Generalagenten und Makler), vorzuschlagen von der Wirtschaftskammer, bis zu deren Errichtung der Abteilung für Wirtschaft.

   Die zu den Berufssenaten hinzuzuziehenden richterlichen Beamten ernennt der Magistrat.
3. Das Aufsichtsamt untersteht der Dienstaufsicht des Magistrats.
4. Die Berufung und Abberufung des Leiters des Aufsichtsamtes erfolgt durch den Magistrat mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Die Referenten (im VAG „Mitglieder") werden durch den Magistrat berufen und abberufen.
5. Die Verordnung gilt bis zu einer gesamtdeutschen Regelung.

Berlin, den 11. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Stellvertretender Oberbürgermeister
L. Schroeder

Preisamt

Höchstpreise für Obst und Gemüse ab 1. März 1948

Preisliste Nr. 3/1948

Auf Grund der Anordnung über die Preisregelung für Obst und Gemüse vom 26. April 1946 (VOBl. S. 149) werden die Höchstpreise für Berliner Erzeugnisse wie folgt festgesetzt:

Erzeugnisse und Güteklassen	Mengenangabe	Erzeuger-höchstabgabepreis	Großhandels-höchstabgabepreis	Kleinhandels-höchstabgabepreis
		RM	RM	RM
Schnittlauch in Töpfen				
voller, dichter Bestand, über 20 cm Länge . . . . . ohne Topf RM 0,10 billiger.	je Topf	1,60	1,90	2,50

Im übrigen gelten die ab 1. Februar 1948 — Preisliste Nr. 2/1948 vom 27. Januar 1948 (VOBl. S. 66) — festgesetzten Preise und Preisbestimmungen weiter.

Berlin, den 23. Februar 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Preisamt
Illmer

Preisregelung für Gemüse- und Tabakjungpflanzen für das Jahr 1948

Auf Grund der Anordnung zur Errichtung eines Preisamtes beim Magistrat der Stadt Berlin und der Verordnung gegen Preistreiberei vom 28. September 1945 (VOBl. 1945 S. 122) wird folgendes angeordnet:

Die Preisregelung für Gemüse- und Tabakjungpflanzen für das Jahr 1947 (VOBl. 1947 S. 132) gilt auch für das Jahr 1948, jedoch mit folgenden Änderungen:

1. In Abschnitt: I. Gütebestimmungen.

A. Allgemeine Güteanforderungen.

Ziffer 1 erhält folgende Fassung:

Gemüsejungpflanzen müssen artenecht sein. Sie müssen ein frischgrünes Aussehen haben sowie der Jahreszeit und ihrem Verwendungszweck entsprechend abgehärtet sein. Sie dürfen weder mit tierischen Schädlingen noch mit Pflanzenkrankheiten irgendwelcher Art behaftet sein.

2. In Abschnitt: II. Höchstpreise.

2. Preisnachlässe:

Absatz c erhält folgende Fassung:

Bei der Abgabe von Jungpflanzen an landwirtschaftliche Betriebe und den Erwerbsgartenbau hat der Erzeuger einen Preisnachlaß von 20 Prozent bei einer Mindestabnahme von 1000 Pflanzen zu gewähren.

3. In der Anlage:

Preisliste für Gemüse- und Tabakjungpflanzen (Verbraucherhöchstpreise).

Folgender Preis wird neu festgesetzt:

Salat, Endivien, alle Kohlarten — außer Blumenkohl — alle sonstigen Gemüsejungpflanzen, soweit in der Preisliste 1947 nicht besonders genannt	Topfballenpflanzen (ohne Tontopf oder im Erd- oder Papptopf) Preis je Pflanze 8 Rpf.

Diese Änderungen treten am Tage nach der Veröffentlichung im Verordnungsblatt für Groß-Berlin in Kraft.

Berlin, den 23. Februar 1948

Magistrat von Groß-Berlin
Preisamt
Illmer

Flaschen- und Dosenpfand für die pharmazeutische Industrie

Auf Grund der Anordnung zur Errichtung eines Preisamtes und der Verordnung des Magistrats der Stadt Berlin gegen Preistreiberei, beide vom 28. September 1945 (VOBl. 1945 S. 122), wird angeordnet:

1. Die Pharmazeutik-Hersteller, Grossisten und Apotheken sind berechtigt, bei Abgabe von Arzneimitteln für die Flasche oder Dose ein Pfand in Höhe von 0,50 RM zu fordern.
   Für Spezial-Tropfflaschen kann ein Pfand von 1 RM erhoben werden.
2. Die Pharmazeutik-Hersteller sind verpflichtet, den Pfandbetrag auf die Flasche oder Dose aufzudrucken.
3. Diese Anordnung bezieht sich nicht auf Pappdosen, Schachteln oder sonstiges Verpackungsmaterial.
4. Diese Anordnung tritt am Tage der Veröffentlichung in Kraft.
   Alle bisher erteilten Ausnahmegenehmigungen bezüglich Flaschen- und Dosenpfand werden hiermit außer Kraft gesetzt.

Berlin, den 28. Februar 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Preisamt
Illmer

II. Amtliche Bekanntmachungen

Magistrat

Verkehr und Versorgungsbetriebe

Nachprüfung und Neuzulassung von Standrohren für Hydranten

Alle Standrohre mit welchen aus den Hydranten unseres Rohrnetzes Wasser entnommen wird, müssen von den Benutzern zwecks technischer Nachprüfung und Neuzulassung in der Zeit vom 8. bis 31. März 1948, wochentags von 9 bis 14 Uhr, in unserer Rohrnetzabteilung, Berlin SO 16, Melchiorstr. 20/22, Telefon 67 46 41, vorgeführt werden.

Ab 1. April 1948 dürfen für diesen Zweck nur noch Standrohre benutzt werden, die unseren Zulassungsstempel tragen. Die Wasserentnahme aus unserem Rohrnetz mit nicht gestempelten Standrohren wird von diesem Zeitpunkt ab strafrechtlich verfolgt.

Berlin, den 25. Februar 1948.

Berliner Wasserwerke
Uter Steppler

Finanzwesen

Öffentliche Zahlungserinnerung für Gemeinde- und ehemalige Reichssteuern

Im Monat März 1948 werden folgende Gemeinde- und ehemalige Reichssteuern fällig:

A. Gemeindesteuern

a) Hundesteuer für die Monate Januar, Februar und März 1948, zuletzt fällig bis zum 5. März 1948;
b) Getränkesteuer für den Monat Februar 1948, fällig bis zum 10. März 1948;

B. Ehemalige Reichssteuern

a) Lohnsteuer einschl. des Kirchensteuerabzugs vom Arbeitslohn für den Monat Februar 1948, fällig bis zum 10. März 1948;
b) Umsatzsteuervorauszahlung für den Monat Februar 1948, fällig bis zum 10. März 1948;
c) Beförderungssteuer für den Personenverkehr mit Kraftwagen für den Monat Februar 1948, fällig bis zum 10. März 1948;
d) Beförderungssteuer für den Güterfernverkehr mit Kraftwagen für den Monat Februar 1948, fällig bis zum 20. März 1948;
e) Abschlagszahlungen der Beförderungssteuer für die Beförderung von Personen und Gütern auf Schienenbahnen für den Monat Februar 1948 fällig bis zum 25. März 1948.

Die fällig gewordenen Beträge sind spätestens bis zu den angegebenen Fälligkeitstagen an das zuständige Finanzamt — Finanzkasse — zu entrichten. Gemäß § 16 Beitreibungsordnung wird hierdurch an ihre pünktliche Zahlung erinnert.

Gleichzeitig wird hiermit aufgefordert, außer den vorgenannten fälligen Beträgen auch alle bisher gestundeten sonstigen Rückstände an Gemeinde- und ehemaligen Reichssteuern nebst Gebühren und Kosten, die den Finanzkassen noch geschuldet werden, unverzüglich zu zahlen.

Bei nicht rechtzeitiger Zahlung bis zum Fälligkeitstage ist ein Säumniszuschlag von 2 Prozent des Rückstandes verwirkt.

Bargeldlose Zahlung, besonders durch Überweisung auf das Postscheck- oder Girokonto der Finanzkasse, ist erwünscht.

Eine Woche nach dem Eintritt der Fälligkeit beginnt die Zwangsvollstreckung wegen aller dann noch rückständigen Beträge. Durch die Zwangsvollstreckung entstehen weitere Gebühren.

Berlin, den 6. März 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Finanzabteilung
Dr. Haas

Ansprüche aus Lieferungen für britische Besatzungseinheiten

Die Britische Militärregierung hat im Februar 1948 die Bevölkerung durch die Berliner Tagespresse davon unterrichtet, daß alle britischen Requisitionsscheine mit der Kennziffer AF. 80 G, deren Teil B bis zum 31. Januar 1948 einschließlich unterzeichnet worden ist, dem zuständigen Amt für Kriegsschäden und Besatzungskosten bis zum 29. Februar 1948 einschließlich einschließlich einzureichen waren, und daß alle vom 1. Februar 1948 ab ausgefertigten 80 G-Requisitionsscheine dem genannten Amt innerhalb eines Monats durch Unterzeichnung durch den Offizier, der den Empfang der Leistung bescheinigt hat, vorzulegen sind. Nach Ablauf der genannten Fristen verlieren die Scheine ihre Gültigkeit.

Nach der gleichen Verlautbarung sind auch alle Vergütungsansprüche erloschen, die auf Grund von 80 G-Requisitionsscheinen geltend gemacht werden konnten, deren Bezahlung durch die Finanzabteilung des Hauptquartiers der Britischen Militärregierung Berlin genehmigt war und die bis einschließlich 29. Februar 1948 nicht bei den Ämtern für Kriegsschäden und Besatzungskosten des britischen Sektors eingelöst worden sind.

In Fällen, in denen der Verfalltermin vom 29. Februar 1948 aus entschuldbaren Gründen nicht zu beträchtlich überschritten wird, ist es nicht ausgeschlossen, daß die Britische Militärregierung Nachsicht üben wird. Die Entscheidung hierüber hat sie sich selbst vorbehalten. Entsprechende Anträge können an das Bezirksamt Charlottenburg — Amt für Kriegsschaden und Besatzungskosten — Berlin-Charlottenburg, Berliner Straße 72/73, gerichtet werden, das die Anträge dann an die Britische Militärregierung weiterleitet.

Die Britische Militärregierung hat auch darauf aufmerksam gemacht, daß alle Personen, deren Eigentum durch Heeresformblatt 77 beschlagnahmt worden ist, zur Vermeidung von Verlusten ihre Vergütungsansprüche unverzüglich bei dem Bezirksamt — Amt für Kriegsschäden und Besatzungskosten — anmelden müssen, in dessen Gebiet das requirierte Grundstück liegt. Dies gilt sowohl für die Vergütungen für Räume wie auch für Vergütungen für die in den Räumen verbliebenen Möbel der Mieter.

Berlin, den 1. März 1948.
— HKB/I/Le — 26/48

Magistrat von Groß-Berlin
Finanzabteilung
Hauptamt für Kriegsschäden und Besatzungskosten
I. A. Dr. Lange

Ansprüche aus Lieferungen für französische Besatzungseinheiten

Die Französische Militärregierung hat im Februar und im März 1948 die Bevölkerung durch die Tagespresse davon unterrichten lassen, daß Ansprüche auf Vergütung für die für ihre Zwecke in den Jahren 1945, 1946 und 1947 in Anspruch genommenen beweglichen Sachen aller Art bis zum 31. März 1948 geltend zu machen sind. Nach diesem Termin geltend gemachte Ansprüche werden nur berücksichtigt, wenn die Antragsteller nachweisen können, daß sie verhindert waren, ihre Ansprüche bis zum 31. März 1948 anzumelden.

Die Anträge sind jeweils an das Bezirksamt des französischen Sektors zu richten, in dessen Gebiet die Inanspruchnahme erfolgt ist.

Die Anschriften sind:

Bezirksamt Reinickendorf — Amt für Kriegsschäden und Besatzungskosten —, Berlin-Reinickendorf-Ost, Kopenhagener Straße, Tor 8

Bezirksamt Wedding — Amt für Kriegsschäden und Besatzungskosten —, Berlin N 65, Müllerstraße 145/147.

Berlin, den 10. März 1948.
HKB I/Le — 34/48

Magistrat von Groß-Berlin
Finanzabteilung
Hauptamt für Kriegsschaden und Besatzungskosten
I. A.: Dr. Lange

Preisamt

Preise für elektrische Haushaltsgeräte

Informationsblatt Nr. 1

Um dem Publikum die Möglichkeit zu geben, die auf Preisschildern der Auslagen und Schaufenster genannten bzw. sonstwie geforderten Preise auf ihre Rechtmäßigkeit hin beurteilen zu können, gibt das Preisamt in Abständen für eine Anzahl wichtiger Gebrauchswaren eine Übersicht über die Höhe der genehmigten Preise.

Es wird darauf hingewiesen, daß viele der angeeigneten und ganz offen durch Preisauszeichnungen geforderten Preise nicht genehmigt sind, wovon sich jeder Interessent durch Vergleich der geforderten mit den nachstehend für elektrische Hausgeräte als genehmigt genannten Preise überzeugen kann.

Preisniveau	z. Z. genehmigter Verbraucherhöchstpreis: RM je Stück	Höchstrichtpreis: RM
Elektrische Hausgeräte, Leuchten, Glühlampen und Batterien		
1. Elektrisches Haushaltbügeleisen		
Preisklasse I	39,— bis 45,—	35,—
Leistungsaufnahme bis 500 Watt, Gewicht bis 3,5 kg Ausführung: vernickelt, Sohle geschliffen, Garantieleistung.		
Preisklasse II	31,— bis 38,—	28,—
Leistungsaufnahme bis 500 Watt, Gewicht bis 3,5 kg Ausführung: eloxiert, emailliert, lackiert oder blank poliert.		
Preisklasse III	20,—	20,—
Leistungsaufnahme bis 500 Watt, Gewicht bis 2,5 kg Ausführung: Keramik		
2. Elektrische Wärmplatten		
Preisklasse I	29,— bis 33,—	25,—
Leistungsaufnahme bis 700 Watt Ausführung: — offen — Gußgehäuse, unregulierbar		
Preisklasse II	13,— bis 23,—	20,—
Ausführung: — offen — Blechgehäuse auch mit Abdeckblech		
3. Elektrische Kochplatten		
Preisklasse I	25,— bis 45,—	45,—
Leistungsaufnahme bis 1200 Watt Ausführung: geschlossen mit gußeiserner Platte, Blechgehäuse — emailliert — lackiert, regulierbar		
Preisklasse II	18,— bis 30,—	30,—
Leistungsaufnahme bis 1200 Watt Ausführung: geschlossen — Guß — Blechgehäuse, nichtregulierbar		
4. Elektrische Doppel-Kochplatten		
Preisklasse I	51,— bis 70,—	70,—
Leistungsaufnahme bis 2000 Watt Ausführung: geschlossen mit gußeisernen Platten — Guß — Blechgehäuse, emailliert, lackiert, regulierbar		
5. Elektrische Wasserkocher		
Preisklasse I	51,—	51,—
Leistungsaufnahme bis 1200 Watt, mit auswechselbarem Heizkörper Ausführung: Messinggehäuse, Hochglanz vernickelt, 2 Liter Inhalt		
Preisklasse II	28,—	28,—
Leistungsaufnahme bis 800 Watt Ausführung: Alu-Gehäuse, poliert, bis 1,5 Liter Inhalt		
6. Elektrische Heizkissen		
Preisklasse I	42,— bis 50,—	40,—
Leistungsaufnahme 40 Watt Ausführung: Anschlußleitung mit Regulierschalter und Temperaturregler		
7. Elektrische Brotröster		
Preisklasse I	23,— bis 28,—	25,—
Leistungsaufnahme bis 500 Watt Ausführung: Blechgehäuse, vernickelt		
8. Elektrische Koch- und Backgeräte		
Preisklasse I	55,— bis 69,—	60,—
Leistungsaufnahme bis 500 Watt Ausführung: Deckelbeheizte Geräte aus Aluminium		
Preisklasse II	35,50	35,—
Leistungsaufnahme bis 250 Watt Ausführung: Deckelbeheizte Geräte aus Aluminium		
9. Elektrische Bratpfannen		
Preisklasse I	40,—	40,—
Leistungsaufnahme bis 750 Watt Ausführung: Alu, poliert		
10. Elektrische Tauchsieder		
Preisklasse I	19,— bis 25,—	19,—
Leistungsaufnahme 750 bis 1000 Watt Ausführung: Rohrheizkörper, vernickelt, mit kompl. Anschlußleitung		
Preisklasse II	15,— bis 18,—	15,—
Leistungsaufnahme 600 Watt Ausführung: Rohrheizkörper mit kompl. Anschlußleitung		
11. Elektrische Getränkewärmer		
Preisklasse I	—	8,—
Leistungsaufnahme bis 500 Watt Ausführung: Stabform mit kompl. Anschlußschnur		
12. Elektrische Feueranzünder		
Preisklasse I	18,— bis 28,—	20,—
Ausführung: Wechselstrom, Metall — Isolierstoff — Keramikgehäuse		
Preisklasse II	6,— bis 15,—	10,—
Ausführung: Wechselstrom/Gleichstrom, Metall — Isolierstoffgehäuse		
13. Elektrische Wärmestrahlöfen (Nur für gewerbliche Zwecke)		
Preisklasse I	48,— bis 70,—	50,—
Leistungsaufnahme bis 1500 Watt Ausführung: Blechgehäuse, lackiert		
14. Innenraum-Pendelleuchten (Zweckleuchten) für Leuchtstofflampen		
Preisklasse I	90,—	100,—
Ausführung: Metall, brüniert für zwei Leuchtstofflampen, kompl. mit Drosseln und Glimmzündern mit Deckenrosette		
Preisklasse II	67,—	70,—
Ausführung: Metall, brüniert, für eine Leuchtstofflampe, kompl. mit Drossel, Glimmzünder und Deckenrosette		
15. Leuchtstofflampen		
Preisklasse O (Höchstpreis) Osram-Type HNT 100 und 120 / HNG 100 und 120	—	30,—
HNT 200 / HNG 200	—	36,—
16. Leuchtstofflampen-Zubehör		
Preisklasse I. Drosseln	12,— bis 16,—	14,—
Preisklasse O (Höchstpreis)		
Glimmzünder, ungesockelt	—	2,—
Glimmzünder, gesockelt	—	2,40
17. Glühlampen		
Preisklasse O (Höchstpreis)		
Allgebrauchslampen 100—260 Volt		
15 Watt und 25 Watt		1,—
40 „		1,15
60 „		1,45
100 „		1,90
200 „		3,50
300 „		6,—
500 „		10,—
1000 „		15,—
2000 „		34,50
18. Heizspiralen für Koch- und Wärmeplatten		
Preisklasse I	3,70	3,70
Ausführung: Chrom-Nickelwiderstandsdraht bis 750 Watt		
Preisklasse II	2,80	2,80
Ausführung: Chrom-Nickelwiderstandsdraht bis 500 Watt		
19. Hausgeräte-Zubehör		
Geräte-Steckdosen (der sogenannte Bügeleisenstecker)		
Preisklasse I	1,80 bis 3,—	2,50—
Ausführung: Preßstoff — Keramik		
20. Geräte-Steckdosen, Anschlußschnur, kompl.		
Preisklasse I	6,— bis 7,—	7,—
Ausführung: mit Gerätesteckdose — Anschlußkabel bis 2 m und Stecker		
21. Normal-Taschenlampen-Batterien		
Preisklasse O (Höchstpreis)		
4,5 Volt	—	0,70
22. Stab-Batterien		
Preisklasse O (Höchstpreis)		
2,5 Volt	—	0,40

Berlin, den 17. Februar 1948.

Magistrat von Groß-Berlin
Preisamt
Illmer

Polizei

Erlöschen der Räude

Die Räude im Pferdebestand der Speditionsfirma Gebr. Hertling, Berlin-Charlottenburg, Sophie-Charlotten-Straße 5 ist nach amtstierärztlicher Feststellung erloschen. Die angeordneten Maßnahmen sind gemäß § 257 der Ausführungsvorschriften des Bundesrats zum Viehseuchengesetz aufgehoben.

Berlin, den 31. Januar 1948

Der Polizeipräsident

Ausbruch der Räude

In den Pferdebeständen des Fuhrbetriebes Paul Holz, Berlin-Schöneberg, Gotenstraße 40, der Trainer Schneider und Rademacher auf dem Gelände der Trabrennbahn Karlshorst Treskowallee, ist die Räude der Einhufer amtstierärztlich festgestellt worden. Die Schutzmaßnahmen richten sich nach den in den Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Viehseuchengesetz §§ 246—258 vom 7. Dezember 1911 erlassenen Bestimmungen.

Berlin, den 24. Februar 1948

Der Polizeipräsident

Bekanntmachung betr. Naturdenkmal

Auf Grund des § 14, Abs. 1 des Reichsnaturschutzgesetzes vom 26. Juni 1935 (RGBl. I S. 821) und des § 8, Abs. 1 der Durchführungsverordnung vom 31. Oktober 1935 (RGBl. I S. 1275) wird die Eintragung des unter Nr. 13 des Naturdenkmalbuches des Polizeipräsidenten in Berlin als höherer Naturschutzbehörde geführten Naturdenkmals, und zwar von 4 alten Buchsbäumen in Spindlersfeld im Vorgarten des Grundstücks Färberstraße 20 —s. Verordnung vom 10. September 1939 (Amtsblatt für den Landespolizeibezirk Berlin S. 294) — mit dem heutigen Tage gelöscht.

Berlin, den 1 März 1948.

(Abteilung V — 6603 — 10.47)

Der Polizeipräsident
als höhere Naturschutzbehörde

Ausbruch der Maul- und Klauenseuche

Im Ortsteil Kaulsdorf, Dorfstraße 13 Besitzer Baumgart, ist der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche amtstierärztlich festgestellt worden. Zum Schutze der Einschleppung werden folgende Sperrmaßnahmen getroffen: Im Norden die Ostgrenze Hellersdorf, im Osten und Westen die Dorfgrenzen, im Süden die Bezirksgrenze nach Köpenick. Die Sperrmaßnahmen richten sich nach der viehseuchenpolizeilichen Anordnung vom 16. Juli 1945 — Verordnungsblatt der Stadt Berlin, Sonderdruck 1, § 7. Von der Anordnung der im Abs. e, a.a.O. vorgesehenen Maßnahmen kann abgesehen werden.

Berlin, den 5. März 1948.

Der Polizeipräsident

Frühjahrsschonzeit für Fische, Betrieb der ständigen Fischereivorrichtungen und Laichschonbezirke

Auf Grund der Polizeiverordnung zum Fischereigesetz vom 29. März 1937 und der Abänderungsverordnung vom 24. September 1939 (LwRMBl. S. 1123/24) wird im Einvernehmen mit dem Fischereiamt von Groß-Berlin folgendes bekanntgegeben:

I. Von der Festsetzung einer Frühjahrsschonzeit für Fische wird in diesem Jahre abgesehen. Der Fischfang darf demnach außerhalb der Laichschonbezirke (vgl. 2) jederzeit nicht nur mit Fanggeräten der stillen Fischerei und mit der Handangel, sondern auch mit bewegten Fanggeräten, insbesondere Zugnetzen, und mit ständigen Fischereivorrichtungen ausgeübt werden.

II. Die durch die Verordnung vom 28. März 1934 und vom 18. Mai 1944 eingerichteten Laichschonbezirke bleiben bestehen. Es sind dies:

1. Das linke Havelufer vom Wilhelmturm bis zum Liepenhorn.
2. Das Ufer der Insel Imchen bei Kladow.
3. Das linke Havelufer 200 m unterhalb der Pfaueninsel bis zum Appelhorn.
4. Das Nordufer der Pfaueninseln 50 m beiderseits des Verbindungsgrabens bis zur Waldwiese.
5. Die kleine Malche südlich der Insel Maienwerder im Tegeler See.

Die Schutzzeit dauert alljährlich vom 20. April bis zum 30. Juni und erstreckt sich auf alle Fischarten.

In dieser Zeit ist in den Laichschonbezirken der Fischfang mit Ausnahme der stillen Fischerei mit Reusen und Aalkörben verboten. Ferner ist das Durchfahren, das Anlegen von Booten, das Baden sowie jede anderweitige, die Fortpflanzung der Fische gefährdende Störung untersagt.

Berlin, den 5. März 1948.

(Abteilung III WG. 87.10)

Der Polizeipräsident

Justizbehörden

Öffentliche Zustellungen

Der Angestellte Franz Brandt in Berlin-Neukölln, Thiemannstraße 18a — Prozeßbevollmächtigter: ./. —, klagt gegen die Firma Horst Lichtenhahn, früher in Berlin-Wilmersdorf, Uhlandstraße 126, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, wegen Restgehalt mit dem Antrage auf Verurteilung zur Zahlung von 206 RM.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Arbeitsgericht von Groß-Berlin, Charlottenburg, Hardenbergstraße 31, auf Freitag, den 28. Mai 1948, 9.00 Uhr, Zimmer 130, geladen.

Az. 2. Arb. 405/47.

Berlin, den 9. Februar 1948.

Arbeitsgericht von Groß-Berlin

Die Firma E. Rösler, Inh. Frau Emmi Rösler Großhandlung und Handelsvertretungen, in Berlin-Charlottenburg 1, Eosanderstraße 22 — Prozeßbevollmächtigter: Kaufmann Gerhard Rösler, wohnhaft ebenda —, klagt gegen den Kaufmann Willi Stiller, Damenoberbekleidung, früher in Berlin N 113, Schönhauser Allee 70 I, wohnhaft gewesen, auf Zahlung von 1860 RM (i. B. eintausendachthundertsechzig Reichsmark) nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 1. Juni 1947.

Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht Berlin-Mitte, Zimmer 153, auf den 21. Mai 1948, 10.30 Uhr, geladen.

Az. 7. C. 935/47.

Berlin, den 15. Januar 1948.

Amtsgericht Berlin-Mitte

Die Ehefrau Ursula Nowacki, geb. Spinger, Berlin-Charlottenburg, Kantstraße 27 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Bang, Berlin-Charlottenburg 2, Schillerstraße 15 —, klagt gegen ihren Ehemann, den Autoschlosser Werner Nowacki, Bergisch-Gladbach, Benzberger Straße 115 (Flüchtlingslager), zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien aus Alleinschuld des Beklagten zu scheiden und die Kosten des Rechtsstreits dem Beklagten aufzuerlegen.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 11. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 6, auf den 10. Mai 1948, 10.15 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 11 R. 178/47.

Berlin-Zehlendorf, den 3. Februar 1948.

Landgericht Berlin

Die Ehefrau Anna Schadewald, geb. Mielke, Berlin N 65, Pankstraße 9 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Wilhelm Liebenow, Berlin-Halensee, Kurfürstendamm 130 —, klagt gegen den Bauarbeiter Kurt Schadewald, zuletzt wohnhaft in Berlin C 2, Holzmarktstraße 10 bei Elfriede Grüdeberg, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 13. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Zimmer 15, auf den 11. Mai 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 13. R. 919/47.

Berlin-Zehlendorf, den 28. Januar 1948.

Landgericht Berlin

Die Frau Hildegard Drescher, verw. Czichy, geb. Erdmann, in Berlin-Mariendorf, Kaiserstraße 1 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Otto Mayer, Berlin-Mariendorf, Britzer Straße 83 —, klagt gegen Kurt Drescher, früher in Berlin-Mariendorf, Marienfelder Straße 9, jetzt unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Scheidung der Ehe der Parteien unter kostenpflichtiger Alleinschuld des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 4. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 2, auf den 13. Mai 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 4. R. 1266/46.

Berlin-Zehlendorf, den 28. Januar 1948.

Landgericht Berlin

Frau Elli Brzoskiewicz, geb. Suckert, wohnhaft Berlin-Schöneberg, Gustav-Müller-Straße 28 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Reinhold Hölken, Berlin W 15, Kurfürstendamm 216 —, klagt gegen ihren Ehemann, den Mechaniker Stanislaus Brzoskiewicz, wohnhaft Berlin-Schöneberg, Gustav-Müller-Straße 28, jetzt unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Scheidung aus Alleinschuld des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor die 4. Zivilkammer des Landgerichts Berlin in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Saal 2, auf den 4. Mai 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt vertreten zu lassen.

Az. 4. R. 1056/47.

Berlin-Zehlendorf, den 2. Februar 1948.

Landgericht Berlin

Die Ehefrau Gertrud Steinhöfel, geb. Müller, in Berlin-Neu-Lichtenberg, Kantstraße 39 — Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwaltin Margarete Auer, Berlin-Friedrichsfelde, Alt-Friedrichsfelde 34 —, klagt gegen den Schlosser Helmut Steinhöfel, früher in Berlin-Neu-Lichtenberg, Kantstraße 39, jetzt unbekannten Aufenthalts, wegen Ehescheidung.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 17. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 6, auf den 14. Mai 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 17. R. 342/47.

Berlin-Zehlendorf, den 14. Februar 1948.

Landgericht Berlin

Die Ehefrau Edith Süssenbach, geb. Litzki, in Berlin N 58, Pappelallee 6 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Ernst Sachs, Berlin W 15, Xantener Straße 6 —, klagt gegen den Klempner Herbert Süsenbach, früher in Berlin N 58, Pappelallee 6, jetzt unbekannten Aufenthalts, wegen Ehenichtigkeit.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 17. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 6, auf den 14. Mai 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 17. R. 90/48.

Berlin-Zehlendorf, den 14. Februar 1948.

Landgericht Berlin

Die Frau Ursula Jakob, geb. Glieneke, in Berlin O 17, Koppenstraße 27 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Heinz Knoblauch, Berlin NO 18, Landsberger Allee 1 —, klagt gegen den früheren Polizeibeamten Walter Jakob, zuletzt: Untersuchungsgefängnis Lehrter Straße 3, jetzt unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Scheidung der Ehe der Parteien unter Alleinschuld des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 9. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 13, auf den 19. Mai 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 9. R. 445/47.

Berlin-Zehlendorf, den 27 Januar 1948.

Landgericht Berlin

Die Frau Frieda Köhne, geb. Figura, Berlin O 112, Rigaer Straße 65 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Hoppe, Berlin O 112, Frankfurter Allee 79 —, klagt gegen ihren Ehemann, den Schlosser Paul Köhne, früher in Berlin O 112, Rigaer Straße 66 zur Zeit unbekannten Aufenthalts, wegen Ehescheidung mit dem Antrage auf Scheidung aus alleinigen Verschuldens des Beklagten.

Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 11. Zivilkammer des Landgerichts Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Saal 6, auf den 20. Mai 1948, 11 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.

Az. 11. R. 722/47.

Berlin, den 14. Februar 1948.

Landgericht Berlin

Frau Margarete Hansch geb. Böhm, Berlin SW 29, Bergmannstraße 26 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Fritz Kantorowicz in Berlin W 50, Nürnberger Straße 17 —, klagt gegen ihren Ehemann, den Mechaniker Willi Hansch in Berlin SO 16, Naunynstraße 35, Hof 3 Tr. bei Frau Brummerer, jetzt unbekannten Aufenthalts, wegen Ehescheidung mit dem Antrage auf Scheidung der Ehe. Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor die 6. Zivilkammer des Landgerichts Berlin, Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 2, auf den 26. Mai 1948 9.30 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen beim Landgericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen
Az. 6. R. 13/48

Berlin-Zehlendorf den 9. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Der Kaufmann Walter Weinstock, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, klagt gegen die Witwe Margarete Kauf, geb. Runge, in Berlin-Charlottenburg, Wielandstraße 17, mit dem Antrage auf kostenpflichtige Verurteilung zur Zahlung von 2000 RM nebst 4 Prozent Zinsen seit dem 1. Januar 1942.
Die Beklagte ladet den Kläger zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 8. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Lindentaler Allee 5, Zimmer 13 auf den 28. Mai 1948, 12 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 8. O. 267/46.

Berlin-Zehlendorf, den 30. Januar 1948.
Landgericht Berlin

Die Frau Ingeborg Zajackowski, geb. von Groenhagen, in Berlin SO 36, Schroderdamm 7 bei Peters — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt W. Kuhn, Berlin SW 61, Franz-Mehring-Straße 94 —, klagt gegen ihren Ehemann, den Kraftfahrer Wilhelm Zajackowski, zuletzt Berlin SO 36, Liegnitzer Straße 7,3, wohnhaft gewesen zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien zu scheiden und den Beklagten für schuldig an der Scheidung zu erklären.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 23. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf, Veronikasteig 8, Zimmer 9, auf den 29. Mai 1948, 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen
Az. 23. R. 972/47

Berlin-Zehlendorf, den 4. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Die Frau Klara Wirth, geb. Krikowski, in Berlin-Steglitz, Englerallee 24 a — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. P. Boyke in Berlin W 35, Bülowstraße 5 —, klagt gegen ihren Ehemann Louis Wirth, zuletzt ebenda wohnhaft, jetzt unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien ohne Schuldausspruch zu scheiden.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 23. Zivilkammer des Landgerichts Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 9, auf den 29. Mai 1948, 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen
Az. 23. R. 46/48.

Berlin-Zehlendorf-West, den 26. Januar 1948.
Landgericht Berlin

Die Ehefrau Erna Winkel, geb. Daumann, in Berlin W 15, Hohenzollerndamm 6 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Bartling in Berlin-Wilmersdorf, Guntzelstraße 60 —, klagt gegen den Ehemann, Schlosser Gustav Winkel, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe der Parteien aus Verschulden des Beklagten zu scheiden.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 23. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 9, auf den 29 Mai 1948, 9 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 23. R. 879/47.

Berlin-Zehlendorf-West, den 8. Januar 1948.
Landgericht Berlin

Die Ehefrau Anna Elisabeth Weigelt, verwitwete Scheddin, geb. Weber, Berlin-Spandau, Rodensteinstraße 5 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Erwin Teuber, Berlin-Spandau, Carl-Schurz-Straße 58 —, klagt gegen den ärztlichen Angestellten Kurt Heinz Weigelt, zuletzt wohnhaft in Berlin-Spandau, Rodensteinstraße 5, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 14. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Saal 6, auf den 29. Mai 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen,
Az. 14. R. 168/46.

Berlin-Zehlendorf, den 30. Januar 1948.
Landgericht Berlin

Die Ehefrau Anita Osarek, geb. Spring, Berlin-Neukölln, Neukölln'sche Allee 47 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Karl Pickert, Berlin-Neukölln, Gangloferstraße 1 —, klagt gegen den Arbeiter Hans Osarek, früher in Berlin-Neukölln, Neukölln'sche Allee 47, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage, die Ehe aus Alleinverschulden des Beklagten zu scheiden.
Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 14. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Saal 6, auf den 29. Mai 1948, 10 Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 14. R. 1161/47.

Berlin-Zehlendorf, den 23. Januar 1948.
Landgericht Berlin

Die Frau Erna Schäffler, geb. Schiepan, Berlin-Spandau, Chamissostraße 35 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Albert Meyer, Berlin-Charlottenburg 2, Mommsenstraße 68 —, klagt gegen den Kriminalsekretär a. D. Rudolf Schäffler, früher in Berlin-Spandau, Wustermarkstraße 11, jetzt unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrag auf Ehescheidung.
Der Beklagte wird zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 14. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, auf den 29. Mai 1948, 10 Uhr, geladen mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 14. R. 278/47.

Berlin-Zehlendorf, den 29. Januar 1948.
Landgericht Berlin

Frau Sophie Cremers geb. Voß, in Bottrop, Aegidistraße 201 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Eduard Hesse, Berlin-Westensee, Berliner Allee 17 —, klagt gegen den Geschäftsführer August Cremers, zuletzt wohnhaft in Berlin-Hohenschönhausen, Degnerstr. 113, jetzt unbekannten Aufenthalts, wegen Ehescheidung mit dem Antrage auf Scheidung der Ehe.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung vor die 4. Zivilkammer des Landgerichts Berlin, Berlin-Zehlendorf-West, Lindentaler Allee 5, Saal 2, auf den 13. Mai 1948, 10 Uhr mit der Aufforderung, sich durch einen beim Landgericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 4. R. 55/48.

Berlin-Zehlendorf, den 12. Februar 1948.
Landgericht Berlin

Die minderjährige Eva Lutzi — vertreten durch das Jugendamt Wilmersdorf von Groß-Berlin, dieses vertreten durch den Stadtvormund Walter Sommerfeld —, klagt gegen den Isidor Schenk, früher in Berlin-Schmargendorf, Tolzer Straße 1, auf Unterhaltszahlung von monatlich 40,— RM seit der Geburt der Klägerin bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.
Zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits wird der Beklagte vor das Amtsgericht in Berlin-Mitte, Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 12—15, Zimmer 153, auf den 8. Mai 1948, 10¼ Uhr, geladen.
Az. 5. C. 237/47.

Berlin, den 23. Februar 1948.
Amtsgericht Berlin-Mitte

Die Frau Hildegard Wawrcinick in Berlin-Lichterfelde, Tietzenweg 62 — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Fritz in Berlin, Schlüterstraße 41 —, klagt gegen den Georg Wawrcinick, zur Zeit unbekannten Aufenthalts, mit dem Antrage auf Ehescheidung aus Alleinschuld des Beklagten.
Die Klägerin ladet den Beklagten zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits vor die 22. Zivilkammer des Landgerichts in Berlin-Zehlendorf-West, Veronikasteig 8, Zimmer 8, auf den 18. Mai 1948, 10 Uhr, mit der Aufforderung, sich durch einen bei diesem Gericht zugelassenen Rechtsanwalt als Prozeßbevollmächtigten vertreten zu lassen.
Az. 22. R. 47/48.

Berlin-Zehlendorf-West, den 26. Januar 1948.
Landgericht Berlin

Aufgebote

Der Provinzialsynodalverband der Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg in Berlin W 15, Lietzenburger Straße 36, hat das Aufgebot
a) des Hypothekenbriefes über die für ihn im Grundbuch Stadt Wilmersdorf, Band 58 Blatt 2024, Heilbronner Straße 11, Ecke Karlsruher Straße 15, Abt. III, Nr. 16 eingetragene Hypothek von 110 000 RM.
Az. 14. F. 58/47
b) des Hypothekenbriefes über die für die Finanzabteilung beim Evangelischen Konsistorium der Mark Brandenburg in Berlin SW 68, Lindenstraße 14, im Grundbuch Stadt Wilmersdorf, Band III, Blatt 3324, Spessartstraße 11, Abt. III, Nr. 20 eingetragenen Hypothek von 60 000 RM
beantragt.
Az. 14. F. 59/47

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Montag drei Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, elf Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 44, anberaumten Aufgebotstermine ihre Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
14. Sam. F. 1/48.

Berlin-Charlottenburg, den 5. Februar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Das American Joint Distribution Committee in Berlin-Zehlendorf, Kronprinzenallee 247 hat beantragt die verschollene Cäcilie Piket, geb. Davidsohn, geb. 27 Dezember 1897 zuletzt wohnhaft in Charlottenburg, Stülpnagelstraße 3, für tot zu erklären.
Die bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den ersten Montag drei Monate nach Veröffentlichung dieses Aufgebots, elf Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 44, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Az. 14. II. 536/47

Berlin-Charlottenburg, den 20. Januar 1948
Amtsgericht Charlottenburg

Der Sterbekassenverein für Reichspostbeamte Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, in Berlin-Lichterfelde-West, Bassler Straße 128, vertreten durch die Vorstandsmitglieder Amtsrat Ernst Behms in Berlin und Referent Gustav Harmony in Berlin, hat das Aufgebot von zwei Hypothekenbriefen über die für ihn auf dem Grundstück Berlin-Wilmersdorf, Binger Straße 31 Grundbuch Wilmersdorf, Band 166, Blatt 5003 in Abt. III unter Nr. 16 a eingetragene, zu 5 Prozent verzinsliche Darlehnsforderung von 20 000 RM und unter Nr. 16 b eingetragene, zu 5 Prozent verzinsliche Darlehnsforderung von 5000 RM beantragt.
Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Montag drei Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 44, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.
Az. 14. F. 63/47.

Berlin-Charlottenburg, den 9. Februar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Der Architekt Max Schneidewind in Berlin SW 61, Kreuzbergstr. 73, hat das Aufgebot des Grundschuldbriefes über die auf dem Grundstück in Berlin-Wilmersdorf, Badensche Straße 40, Grundbuch des Amtsgerichts Charlottenburg von Wilmersdorf Blatt 3306 — in Abteilung III unter Nr. 10 für den Baumeister Bruno Kühn zuletzt in Berlin-Wilmersdorf, eingetragene Grundschuld von 50 000 RM beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, in dem auf den ersten Montag drei Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 44 anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird
Az. 14. F. 74/47.

Berlin-Charlottenburg, den 9. Februar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Die Frau Klara Hirsch, geb. Borde, zu Berlin-Charlottenburg, Lützener Allee 20, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuche des Amtsgerichts Charlottenburg von Grunewald Forst, Band 7, Blatt 278, in Abt. III, Nr. 7, eingetragene Hypothek von zehntausend Reichsmark beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Montag sechs Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt um 11 Uhr vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 44, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 14. F. 87/47.
Berlin-Charlottenburg, den 9. Februar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Es ist beantragt, die nachstehenden Verschollenen für tot zu erklären:

Notar Dr. Kurt Stadthagen, geboren 24. Juni 1887 zu Berlin, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Sybelstraße 54.
Az. 14. II. 352/47.

Werner Oskar Albert Hofschild, geboren 19. August 1901 in Berlin-Charlottenburg, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Augsburger Straße 33.
Az. 14. II. 28/48.

Klara Bachmann, geb. Joelsohn, geboren 21. November 1880 zu Gunzenhausen, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Fredericiastraße.
Az. 14. II. 19/48.

Kaufmann Werner Radecke, geboren 11. Mai 1903 in Freiburg i. Br., zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Leistikowstraße 6.
Az. 14. II. 40/48.

Dr. Fritz Selten, geboren 4. September 1875 in Schweidnitz, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Mommsenstraße 55.

Erna Selten, geb. Jessel, geboren 8. Mai 1890 in Kattowitz, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Konstanzer Straße 11.

Sigrid Selten, geboren 12. Januar 1923, Berlin-Charlottenburg, Mommsenstraße 11.
Az. 14. II. 582/47.

Die vorstehenden Verschollenen werden aufgefordert, sich spätestens in dem auf den ersten Montag, drei Monate nach Veröffentlichung dieses Aufgebots, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 44, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod der Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Az. 14. II. Sem. 6/48.
Berlin-Charlottenburg, den 5. Februar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Der Baumeister a. D. Richard Willner, Berlin-Lichterfelde-Ost, Promenadenstraße 5a, vertreten durch Rechtsanwalt Rudolf Schneider, Berlin W 15, Uhlandstraße 171, hat das Aufgebot der Hypothekenbriefe folgender 3 Hypotheken beantragt:

1. Darlehnshypothek von 22 000 RM — im Grundbuch von Berlin-Charlottenburg, Band 262, Blatt 8626, Abt. III — Gläubiger der Antragsteller,
2. Darlehnshypothek von 55 000 RM — im Grundbuch von Berlin-Charlottenburg, Band 311, Blatt 10 117, Abt. III — Gläubiger der Antragsteller,
3. Darlehnshypothek von 30 000 RM — im Grundbuch von Berlin-Charlottenburg, Band 311, Blatt 10 117, Abt. III — Gläubiger der Antragsteller.

Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Montag, drei Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im VOBl. für Groß-Berlin, 11 Uhr, Zimmer 44, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.
Az. 14. F. 66/46.
Berlin-Charlottenburg, den 27. Januar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Das Angebot des Grundschuldbriefes über 17 500,— RM, eingetragen im Grundbuch des Amtsgerichts Köpenick unter Schmöckwitz, Blatt 109, in Abt. III, Nr. 17, ist beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 24. Juni 1948, 9 Uhr, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, sonst wird die Urkunde für kraftlos erklärt.
Az. 12. F. 14/47.
Berlin-Köpenick, den 16. Februar 1948.
Amtsgericht Köpenick

Der Provinzialsynodalverband der Kirchenprovinz Berlin-Brandenburg, Berlin W 15, Lietzenburger Straße 15 — vertreten durch die evangelische Kirchenleitung Berlin-Brandenburg —, hat das Aufgebot der angeblich verlorengegangenen, auf seinen Namen ausgestellten, Hypothekenbriefe, ausgestellt über die im Grundbuch Berlin-Altglienicke, Band 40, Blatt 1191, Abteilung III, Nr. 9 und 10, eingetragenen Hypothek in Höhe von 3000 Goldmark und 1200 Goldmark beantragt.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 9. Juli 1948, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Puchanstraße 12, Zimmer 4, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.
Az. 2. F. 5/47—Trept.
Berlin-Köpenick, den 5. Januar 1948.
Amtsgericht Köpenick

Alfred Hoppe zu Berlin-Halensee, Paulsborner Straße 11 — vertreten durch Rechtsanwalt Kurt Arras, Berlin-Charlottenburg, Bleibtreustraße 15/16 —, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Berlin-Treptow, Band 23, Blatt 778, Abt. III, Nr. 17, eingetragene Hypothek von 10 000 GM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 14. Juli 1948, 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Berlin-Köpenick, Mandrellaplatz 6, anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 2. F. 22/46.
Berlin-Köpenick, den 12. Januar 1948.
Amtsgericht Köpenick

Die Firma R. Siegemund G. m. b. H., Baustoffgroßhandlung, Berlin-Köpenick, Grünauer Straße 15, vertreten durch den Geschäftsführer R. Siegemund — Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Max Rumpel, Berlin-Niederschöneweide, Brückenstraße 1 —, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes der im Grundbuch von Bohnsdorf, Blatt 1833, Abt. III. Nr. 1, eingetragenen Teilhypothek von 250.45 RM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 2. Juli 1948, 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 2. F. 9/47.
Berlin-Köpenick, den 31. Dezember 1947.
Amtsgericht Köpenick

Der Richard Kowal in Berlin-Lichterfelde-West, Troppauer Straße 22, hat beantragt, den verschollenen Amtsrat a. D. Georg Kowal, geboren am 1. Juli 1867 in Spremberg (Lausitz), zuletzt wohnhaft in Berlin-Lichterfelde-West, Troppauer Straße 22, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Montag, den 24. Mai 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Az. 3. II. 305/47.
Berlin, den 31. Januar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Die Ehefrau Rosa Buschmann, geb. Schmidt, in Wetter a. d. Ruhr, Bergstraße 10, hat beantragt, den verschollenen Kaufmann Fritz Buschmann, geboren am 4. Oktober 1891 in Leipzig, zuletzt wohnhaft in Berlin-Lankwitz, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Montag, den 24. Mai 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Az. 3. II. 311/47.
Berlin-Lichterfelde, den 31. Januar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Die Ehefrau Marie Elsas, geb. Scholl, in Berlin-Dahlem, Patschkauer Weg 41, hat beantragt, den verschollenen Bürgermeister a. D. Dr. Fritz Elsas, geboren am 11. Juli 1890 in Stuttgart-Cannstatt, zuletzt wohnhaft in Berlin-Dahlem, Patschkauer Weg 41, für tot zu erklären.

Der bezeichnete Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf Donnerstag, den 20. Mai 1948, 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 5, anberaumten Aufgebotstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Az. 3. II. 249/47.
Berlin, den 29. Januar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Die Frau Margarete Werth in Berlin-Charlottenburg, Trendelenburgstraße 143, hat beantragt, die verschollene Frau Emma Beer, zuletzt wohnhaft in Berlin-Pankow, Würtzstraße 10, für tot zu erklären.

Die Verschollene wird aufgefordert, sich binnen 6 Wochen nach dieser Bekanntgabe vor dem unterzeichneten Gericht zu melden, widrigenfalls sie für tot erklärt werden kann.

Alle, die Auskunft über die Verschollene geben können, werden aufgefordert, bis zu dem oben bestimmten Zeitpunkt dem Gericht Anzeige zu machen.
Az. 4. II. 49/46.
Berlin-Pankow, den 20. Dezember 1947.
Amtsgericht Pankow

Der Stellmachermeister Richard Kliewer, Berlin-Spandau, Berkaner Straße 7, hat das Aufgebot des Gesamtgrundschuldbriefes über die im Grundbuch des Amtsgerichts Spandau von Spandau, Band 48, Blatt 1674, in Abt. III, Nr. 16, und Band 72, Blatt 2386, in Abt. III, Nr. 10, für die Mittelstandsbank Spandau, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht, in Berlin-Spandau, eingetragene Gesamtgrundschuld von 21 027 GM nebst 7 Prozent jährlichen Zinsen beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 29. Juni 1948, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht in Berlin-Spandau, Carl-Schurz-Straße 46, Zimmer 13, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 6. F. 18/47.
Berlin-Spandau, den 11. Februar 1948.
Amtsgericht Spandau

Die Hauseigentümerin Fräulein Norma Renz, Berlin SO 36, Oranienstraße 3, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Grundschuldbriefes vom 11. März 1931 über die auf dem Grundblatt des Grundstücks Berlin-Luisenstadt, Band 55, Blatt 2718, in Abteilung III, Nr. 22, für sie eingetragene Forderung von 10 000 GM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 6. Juli 1948, 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 60, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls ihre Kraftloserklärung erfolgen wird.
Az. 15. II. 397/47.
Berlin SW 11, den 4. Januar 1948.
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Der Rechtsanwalt Dietrich Leszner in Hamburg, Schauenburger Straße 1, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefs vom 11. August 1943 über die im Grundbuch von Moabit, Band 182, Blatt 6221, für den Antragsteller, damaligen Anwaltsassessor Dietrich Leszner, in Abteilung III, Nr. 14, eingetragenen, mit 5 Prozent vom 1. Juli 1943 ab verzinslichen Hypothek von 20 000 RM — zwanzigtausend Reichsmark — beantragt. Der Verlust des Briefes ist glaubhaft gemacht.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 8. Oktober 1948, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Saal 400, anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.
Az. 1. F. 206/46.
Berlin NW 40, den 26. Januar 1948.
Amtsgericht Tiergarten

Frau Emmy Brandeis, geb. Pfeifer, in Berlin NW 87, Elberfelder Straße 29, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die für sie auf dem Grundbuchblatt, Band 89, Blatt 3659, des Amtsgerichts Tiergarten in Abteilung III Nr. 16, eingetragene Hypothek von 30 000 RM — dreißigtausend Reichsmark — beantragt.

Derjenige, der die verlorene Urkunde in Händen hat, wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 8. Oktober 1948, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Saal 400, anberaumten Termin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgt.
Az. 1. F. 27/47.
Berlin NW 40, den 26. Januar 1948.
Amtsgericht Tiergarten

Der Kaufmann und Garagenbesitzer Fritz Förster, Berlin N 20, Kolonieatraße 123, hat das Aufgebot des Hypothekenbriefes über die für den Bankverein Gesundbrunnen eGmbH, in Berlin im Grundbuch des Amtsgerichts Wedding, Band 119, Blatt 2770, in der Abteilung III unter Nr. 4 eingetragene Hypothek von 11 241,22 GM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens am ersten Werktage 6 Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin vor dem unterzeichneten Gericht in Berlin N 20, Brunnenplatz, 10 Uhr, seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 2. F. 1/48.

Berlin N 20, den 13. Februar 1948.

Amtsgericht Wedding

Die Ehefrau Elisabeth-Charlotte Damis, geb. Prenzel, Berlin N 31, Lortzingstraße 3, hat beantragt, ihren verschollenen Ehemann, den Schlosser Georg Damis, zuletzt wohnhaft Berlin N 31, Lortzingstraße 3, für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, bis spätestens in dem auf den ersten Werktag 6 Wochen nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin um 10 Uhr, Zimmer 49, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine über seinen Verbleib Nachricht zu geben.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 2. II. 178.47.

Berlin N 20, den 27. Januar 1948.

Amtsgericht Wedding

Der Herr Anton Engel, Fürstenfeldbruck-(Obb.), Maisacher Straße C3, hat das Aufgebot der Mantel zu Bogen M 10 000 Schering A.-G. Berlin-Aktien, 10 1000er Nr. 17 776, 23 878, 27 445—451, 117 959 beantragt.

Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem am ersten Werktag 6 Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin vor dem unterzeichneten Gericht, Berlin N 20, Brunnenplatz, um 10 Uhr anberaumten Termin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Az. 2. F. 12.46.

Berlin N 20, den 30. Januar 1948.

Amtsgericht Wedding

Die Ehefrau Erna Boleschka, geb. Bewart, wohnhaft Berlin N 31, Hussitenstraße 7, hat beantragt, den verschollenen Fuhrunternehmer Heinz Rabenhorst, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin N 20, Böttgerstraße 24, für tot zu erklären.

Der Verschollene wird aufgefordert, bis spätestens in dem auf den ersten Werktag 6 Wochen nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, um 10 Uhr, Zimmer 49, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermine über seinen Verbleib Nachricht zu geben.

An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.

Az. 2. II. 362.47.

Berlin N 20, den 30. Januar 1948.

Amtsgericht Wedding

Die Ev. Kirchengemeinden von St. Nikolai und St. Marien, Berlin C 2, Marienkirche / Neuer Markt, haben das Aufgebot der Hypothekenbriefe über die für sie im Grundbuch Berlin (Wedding) in Abteilung III, Nr. 7, über 3750 GM, in Abteilung III, Nr. 8, über 2625 GM und in Abteilung III, Nr. 10, über 1125 GM eingetragenen Hypotheken beantragt.

Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens am ersten Werktag 6 Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, um 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht in Berlin N 20, Brunnenplatz, seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Az. 2. F. 17/47.

Berlin N 20, den 16. Januar 1948.

Amtsgericht Wedding

Die Volksbank Gesundbrunnen e. G. m. b. H. in Berlin N 20, Badstraße 20, vertreten durch ihre Vorstandsmitglieder Kaufmann Gerhard Theuerkauf und Kaufmann Ewald Hesse, im vorliegenden Verfahren vertreten durch Rechtsanwalt und Notar Kurt Werner Helm, Berlin N 20, Behmstraße 19, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Heiligensee, Band 40, Blatt 1209, in Abteilung III unter Nr. 3, in Gesamthaft mit Berlin-Niederschönhausen, Band 30, Blatt 947, Abteilung III, Nr. 10, für den Bankverein Gesundbrunnen e. G. m. b. H. eingetragenen Grundschuld von 6000 GM, mindestens Reichsmark, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den dritten Werktag 3 Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 2. F. 5/48.

Berlin-Reinickendorf, den 30. Januar 1948.

Amtsgericht Wedding
Dienststelle Reinickendorf

Der frühere Ökonom, jetzige Theaterleiter Otto Kreimeyer, Berlin SO 36, Kottbusser Straße 6, vertreten durch Rechtsanwalt Walter Bietsch, Berlin-Steglitz, Wrangelstraße 10, hat das Aufgebot folgender verlorengegangener Urkunden beantragt:

a) Teilhypothekenbrief über die in den Grundbüchern von Hermsdorf, Band 108, Blatt 3145, in Abteilung III unter Nr. 12a, und Hermsdorf, Band 110, Blatt 3204, in Abteilung III unter Nr. 13a, zur Gesamthaft eingetragene Darlehnsteilhypothek über den Preis von 1,792 kg Feingold für die Stadtgemeinde Berlin (Vermögensmasse der Berliner Stadtbank),

b) Teilgrundschuldbrief über die in den Grundbüchern von Hermsdorf, Band 108, Blatt 3145, und Band 110, Blatt 3204, in Abteilung III unter Nr. 12d bzw. 13d, eingetragene Gesamthafteilgrundschuld über den Preis von 896 g Feingold für die verstorbene Ehefrau Katharina Kreimeyer, geb. Heydenreich,

c) Grundschuldbrief über die im Grundbuch von Hermsdorf, Band 110, Blatt 3204, in Abteilung III unter Nr. 9, eingetragene Eigentümergrundschuld von 1250 GM für die zu b) genannte Gläubigerin.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Werktag 3 Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Az. 2. F. 3/47.

Berlin-Reinickendorf, den 26. Januar 1948.

Amtsgericht Wedding.
Dienststelle Reinickendorf

Frau Hedwig Lewardt, geb. Kreimeyer, Berlin-Hermsdorf, Schloßstraße 6, vertreten durch Rechtsanwalt und Notar Dr. Schneider, Berlin W 15, Schlüterstraße 41, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Hermsdorf, Band 110, Blatt 3204, in Abteilung III unter Nr. 5 und Nr. 8, eingetragenen Darlehnsaufwertungshypotheken von 3750 GM bzw. 1250 GM beantragt.

Die Inhaber der Urkunden werden aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Werktag 3 Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Az. 2. F. 3/47.

Berlin-Reinickendorf, den 26. Januar 1948.

Amtsgericht Wedding
Dienststelle Reinickendorf

Der „Deutscher Bauerndienst" Pensionsversicherungsverein auf Gegenseitigkeit zu Berlin, Berlin-Charlottenburg 2, Jebensstraße 1, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Frohnau, Band 37, Blatt 1401, in Abteilung III unter Nr. 3, eingetragene Darlehnshypothek von 10 000 RM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 30. Juni 1948, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 2. F. 12/47.

Berlin-Reinickendorf, den 29. November 1947.

Amtsgericht Wedding
Dienststelle Reinickendorf

Der Kraftfahrer Willi Harz aus Berlin-Reinickendorf, Amendestraße 4, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Berlin-Reinickendorf, Band 108, Blatt 3225, in Abteilung III unter Nr. 11 bzw. Nr. 12, eingetragenen Darlehnshypotheken von 14 448,82 GM bzw. 1543,74 GM beantragt.

Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 30. Juni 1948, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Az. 2. F. 31.47.

Berlin-Reinickendorf, den 29. November 1947.

Amtsgericht Wedding
Dienststelle Reinickendorf

Der Dipl.-Ing. Ernst Rosswog, Potsdam, Kastanienallee 9, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Grundschuldbriefes über die im Grundbuch von Berlin-Reinickendorf, Band 132, Blatt 3855, in Abteilung III unter Nr. 15, eingetragene Eigentümergrundschuld von 75 000 GM, mindestens Reichsmark, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 30. Juni 1948, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 2. F. 14/47.

Berlin-Reinickendorf, den 29. November 1947.

Amtsgericht Wedding
Dienststelle Reinickendorf

Die verw. Frau Lilly Koschat, geb. Heckert, New York, vertreten durch ihre Generalbevollmächtigte, Assessorin Dr. Ingeborg Höhlmann, Hohen-Neuendorf, Leninstraße 24, hat das Aufgebot der verlorengegangenen Hypothekenbriefe über die im Grundbuch von Heiligensee, Band 55, Blatt 1661, in Abteilung III unter Nr. 2 bzw. 3 bzw. 4 bzw. 5, eingetragenen Darlehnshypotheken von 1000 GM bzw. 500 GM bzw. 1000 GM bzw. 775 GM, mindestens Reichsmark, beantragt.

Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 5. Juli 1948, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Az. 2. F. 7.47.

Berlin-Reinickendorf, den 1. Dezember 1947.

Amtsgericht Wedding
Dienststelle Reinickendorf

Die städtische Lehrerin a. D. Fräulein Käthe Kleinow, Berlin-Nikolassee, Pfeddersheimer Weg 11, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Wellmann, Berlin-Dahlem, Podbielskiallee 78, hat das Aufgebot des verlorengegangenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Berlin-Tegel-Schloß, Band 5, Blatt 112, in Abteilung III unter Nr. 2 eingetragene Darlehnshypothek von 15 000 RM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens insdem auf den 5. Juli 1948, 12 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunde erfolgen wird.

Az. 2. F. 13.47.

Berlin-Reinickendorf, den 1. Dezember 1947.

Amtsgericht Wedding
Dienststelle Reinickendorf

Der Treuhänder Edgar Kunath aus Freiburg, Elsässer Straße 9, hat das Aufgebot des in Verlust geratenen Hypothekenbriefes über die für Kaufmann Edgar Kunath in Berlin-Steglitz im Grundbuch von Berlin-Zehlendorf, Band 160, Blatt 4734, in Abteilung III, Nr. 7, eingetragen, zu 8 Prozent verzinslich, von 6000 GM beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den ersten Werktag 3 Monate nach Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls sie für kraftlos erklärt wird.

Az. 8. F. 3.47.

Berlin-Zehlendorf, den 22. Januar 1948.

Amtsgericht Zehlendorf

Der Wirtschaftstreuhänder Dipl.-Kfm. Dr. Georg Krieger als Nachlaßverwalter des Nachlasses des am 20. Januar 1947 in Berlin-Zehlendorf verstorbenen Ing. Artur Martiensen hat das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung von Nachlaßgläubigern beantragt.

Die Nachlaßgläubiger werden daher aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlaß des verstorbenen Ing. Artur Martiensen spätestens in dem auf den ersten Werktag nach 2 Monaten nach dem Erscheinen dieses Aufgebots im Verordnungsblatt für Groß-Berlin vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 58, um 11 Uhr, anberaumten Aufgebotstermine bei diesem Gericht anzumelden. Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten. Beweisstücke sind in Urschrift oder Abschrift beizufügen. Die Nachlaßgläubiger, welche sich nicht melden, können unbeschadet des Rechts, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden, von der

Erbin Elisabeth Martiensen nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuß ergibt. Die Gläubiger aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen sowie die Gläubiger, denen die Erbin unbeschränkt haftet, werden durch das Aufgebot nicht betroffen.
Az. 3. F. 8/47.

Berlin-Zehlendorf, den 1. August 1947.
Amtsgericht Zehlendorf

Der Rechtsanwalt Dr. Carl Spiller in Berlin W 35, Potsdamer Straße 162, als Nachlaßverwalter der am 22. August 1945 verstorbenen Witwe Ellen Kuttert, geb. Kißling, aus Berlin-Friedenau, Kirchstraße 22, hat das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung von Nachlaßgläubigern beantragt.

Die Nachlaßgläubiger werden hiermit aufgefordert, ihre Forderungen gegen den Nachlaß der verstorbenen Witwe Ellen Kuttert, geb. Kießling, spätestens in dem auf den 10. Mai 1948, vorm. 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 10, anberaumten Aufgebotstermin bei diesem Gericht abzumelden.

Die Anmeldung hat die Angabe des Gegenstandes und des Grundes der Forderung zu enthalten; Beweisstücke sind in Urschrift oder in Abschrift beizufügen. Die Nachlaßgläubiger, welche sich nicht melden, können (unbeschadet des Rechts, vor den Verbindlichkeiten aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen berücksichtigt zu werden) von den Erben nur insoweit Befriedigung verlangen, als sich nach Befriedigung der nicht ausgeschlossenen Gläubiger noch ein Überschuß ergibt. Die Gläubiger aus Pflichtteilsrechten, Vermächtnissen und Auflagen sowie die Gläubiger, denen der Erbe unbeschränkt haftete, werden durch das Aufgebot nicht betroffen.
Az. 13. F. 18/47.

Berlin-Schöneberg, den 19. Februar 1948.
Amtsgericht Schöneberg

Todeserklärungen

Der Tod der nachstehenden Verschollenen ist festgestellt:

Johann Bronner, geboren 5. Januar 1906 in Schwenningen, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Holsteinische Straße 37, mit dem 15. Juli 1944.
Az. 14. II. 568/47.

Max Pollack, geboren 30. Juli 1877 in Ratibor, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Konstanzer Straße 4, mit dem 31. Dezember 1943.
Az. 14. II. 289/47.

Ida Engel, geb. Misch, geboren am 25. Juni 1874 in Berlin, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Wielandstraße 29, mit dem 31. Dezember 1943.
Az. 14. II. 12/48.

Karl Heine, geboren 2. April 1881 in Hohenhameln, Kr. Peine, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Berliner Straße 26a, mit dem 1. Mai 1945.
Az. 14. II. 639/47.

Emil Nowack, geboren 4. Oktober 1900 in Wahrbellin in Pommern, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Joachim-Friedrich-Straße 3, mit dem 26. April 1945.
Az. 14. II. 9/48.

Rosalie Levy, geb. Wolff, geboren 25. März 1861 in Treptow a. d. Rega, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Helmstedter Straße 23, mit dem 31. Dezember 1942.
Az. 14. II. 4/48

Erich Deichsler, geboren 13. November 1919 in Neutomischel (Polen), zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Gardes-du-Corps-Straße 14, mit dem 6. Oktober 1945.
Az. 14. II. 6/48

Oberfeuerwehrmann Friedrich Schlunke, geboren 3. Juni 1888 in Niemegk, zuletzt wohnhaft Berlin-Eichkamp, Zikadenweg 11, mit dem 25. April 1945.
Az. 14. II. 207/47.

Vera Ruth Lehmann, geb. Loewenthal, geboren 1. März 1910 in Neuenburg, zuletzt wohnhaft Berlin W 15, Bayerische Straße 33, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 428/47.

Max Michaelis, geboren 9. Oktober 1886 in Berlin, Edith Michaelis, geb. Neustadt, geboren 9. Oktober 1886 zu Berlin, beide zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Kurfürstendamm 185; Paula Salomon, geb. Michaelis, geboren 11. März 1884 in Berlin, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Bayerische Straße 28, mit dem 1. Januar 1944.
Az. 14. II. 553/47.
Az. 14. II. Sam. 2/48.

Berlin-Charlottenburg, den 21. Januar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Der Tod der nachstehenden Verschollenen ist festgestellt:

Ehefrau Felice Loewy, geb. Padawer, geboren 10. Januar 1887 in Bilitz (O.-Schles.), zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Helmstedter Straße 4, mit dem 31. Dezember 1943.
Az. 14. II. 10/48.

Rechtsanwalt Dr. Martin Bruck, geboren 12. April 1878 in Neiße, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Roscherstraße 4, mit dem 31. Dezember 1942.
Az. 14. II. 23/48.

Kundry Mausz, geboren 15. Juni 1926 in Frankfurt a. M., zuletzt wohnhaft Berlin, Güntzelstraße 14, mit dem 29. April 1945.
Az. 14. II. 1/48.

Rechtsanwalt Dr. Max Jonas, geboren 5. Juli 1887 in Borken, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Konstanzer Straße 51, mit dem 31. Dezember 1943.
Az. 14. II. 591/47.

Hedwig Hohenstein, geb. Grünwald, geboren 30. Oktober 1862 in Schwetz, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Sächsische Straße 5, mit dem 31. Dezember 1943.
Az. 14. II. 25/48.

Elisabeth Schnitzer, geboren 29. Mai 1873 in Berlin, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Holsteinische Straße 5, mit dem 31. Dezember 1943.
Az. 14. II. 586/47.

Meta Herzfeld, geb. Marcuse, geboren 31. Dezember 1868 in Schoenebeck a. d. Elbe, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Grolmanstraße 30/31, mit dem 31. Dezember 1943.
Az. 14. II. 638/47.

Kaufmann Siegmund Unger, geboren 19. August 1893 in Ostrowo, zuletzt wohnhaft Berlin W 15, Kaiserallee 17, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 625/47.

Waldemar Bereitschaft, geboren 24. Mai 1887 zu Haage (Westhavelland), zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Gardes-du-Corps-Straße 14, mit dem 31. März 1945.
Az. 14. II. 554/47.

Carl Levy, geboren 26. September 1867 zu Zachan (Pommern), und Tochter Hildegard Levy, geboren 5. Juni 1899 in Berlin, beide zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Steffeckstraße 26, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 27/48.

Margarete Goldschild, geb. Kronheim, geboren 4. Mai 1872 in Berlin, zuletzt wohnhaft Berlin W, Pariser Straße 9, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 655/47.

August Klatt, geboren 5. März 1865 in Neugoltz, und Ehefrau Marie Klatt, geb. Thiel, geboren 22. Juli 1864 in Hohenstein, zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Giesslerstraße 8, mit dem 28. Februar 1945.
Az. 14. II. 21/48.
Az. 14. II. Sam. 4/48.

Berlin-Charlottenburg, den 28. Januar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Der Tod der nachstehenden Verschollenen ist festgestellt:

Ehefrau Marie Baumbach, geboren 8. Mai 1888 in Berlin, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Suarezstraße 21, mit dem 28. April 1945.
Az. 14. II. 356/47.

Julius Linz, geboren 17. Mai 1872 in Greußenheim, Kreis Würzburg, zuletzt wohnhaft Berlin W 15, Pariser Straße 6, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 562/47.

Dr. Julius Meyer, geboren 1. März 1873 zu Berlin, und Charlotte Meyer, geb. Tauber, geboren 21. Mai 1887 zu Würzburg, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Schlüterstraße 45, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 626/47.

Dr. Eugen Messerschmidt, geboren 23. August 1884 zu Berlin, und Helene Messerschmidt, geb. Moses, geboren 12. Juni 1892 zu Kolberg, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Gervinusstraße 20, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 580/47.

Amtsgerichtsrat i. R. Erich Seidler, geboren 15. Juni 1887 zu Königshütte, und Frieda Seidler, geb. Koeniger, geboren 13. Februar 1902 zu Zuckmantel, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Sybelstraße 66, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 17/48.

Dr. Georg Wolff, geboren 14. September 1881 zu Berlin, und Ehefrau Doris Wolff, geb. Joachimczyk, geboren 12. Juli 1883 in Posen, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstraße 33, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 38/48.

Dr. Herbert Knovloch, geboren 8. Mai 1899 zu Berlin, zuletzt wohnhaft Berlin-Grunewald, Humboldtstraße 22, mit dem 28. Februar 1945.
Az. 14. II. 13/48.

Clara Beiser, geb. Wronker, geboren 7. Oktober 1875 zu Wolgast, zuletzt wohnhaft Berlin-Grunewald, Gneisstraße 8, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 593/47.

Kaufmann Hubert Klöse, geboren 28. August 1887 zu Jägerndorf, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Meinekestraße 24, mit dem 30. April 1945.
Az. 14. II. 29/48.

Anna Polte, geb. Rusch, geboren 26. Oktober 1885 zu Zippnow, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Nehringstraße 30, mit dem 24. April 1945.
Az. 14. II. 42/48.

Just.-Insp. Rudolf Laurisch, geboren 24. März 1889 zu Berlin, zuletzt wohnhaft Berlin W 50, Würzburger Straße 3, mit dem 3. Mai 1945.
Az. 14. II. 43/48.

Rosa Friedländer, geb. Stern, geboren 15. Juni 1877, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Mommsenstraße 51, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 623/47.

Hulda Süskind, geb. Graupe, geboren 14. März 1871 zu Rogasen, zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Schillerstraße 6, mit dem 31. Dezember 1943.
Az. 14. II. 36/48.

Erich Westphal, geboren 5. November 1919 in Frankfurt a. M., zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Crusiusstraße 6, mit dem 15. März 1945.
Az. 14. II. 37/48.

Kaufmann Paul Samuel Blach, geboren 28. Juni 1885 in Stralsund, zuletzt wohnhaft Berlin W 50, Motzstraße 86, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 652/47.

Kaufmann Rudi Groß, geboren 1. August 1863 in Ungarn, und Ehefrau Rosa Groß, geb. Silberstein, geboren 22. Juni 1876, zuletzt wohnhaft Berlin W 30, Eislebener Straße 19, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 594/47.

Kaufmann Meyer Fromm, geboren 1. Mai 1870 zu Labiau, und Ehefrau Frieda Fromm, geb. Lewin, geboren 4. Dezember 1880 zu Passenheim (Ostpr.), zuletzt wohnhaft Berlin-Wilmersdorf, Duisburger Straße 1, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 35/48.

Hans Marcuse, geboren 17. September 1891 in Liegnitz, und Cesena (Therese) Marcuse, geb. Kurcer, geboren 15. November 1890 in Narajow, beide zuletzt wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Pestalozzistraße 104, mit dem 31. Dezember 1944.
Az. 14. II. 32/47.
Az. 14. II. Sam. 5/48.

Berlin-Charlottenburg, den 5. Februar 1948.
Amtsgericht Charlottenburg

Auf Antrag des Dipl.-Physikers Horst Schwieger in der Lutherstadt Eisleben, Leuchnerstraße 24, wird sein Vater, der am 15. Februar 1894 in Berlin-Steglitz geborene Ingenieur Hans Paul Richard Schwieger, zuletzt gewesen in Berlin-Wilhelmshagen, Roonstraße 25, welcher am 26. April 1945 nach dem Einmarsch der Russen in Berlin-Neukölln vermißt wird, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes wird der 26. April 1945, 24 Uhr, festgestellt.

Die Kosten des Verfahrens, einschließlich der notwendigen außergerichtlichen Kosten des Antragstellers, fallen dem Nachlaß zur Last.
Az. 4a. II. 36/46.

Berlin-Köpenick, den 1. September 1947.
Amtsgericht Köpenick

Auf Antrag der Ehefrau Martha Wilhelm, geb. Sechting, Berlin-Lichterfelde, Finckensteinallee 9, wird der am 24. April 1945 erfolgte Tod des Medizinalrats Dr. Ernst Wilhelm, geboren am 4. Juni 1872 in Bernau, und zuletzt in Berlin-Lichterfelde, Finckensteinallee 9, wohnhaft, festgestellt.
Az. 3. II. 8/48.

Berlin-Lichterfelde, den 31. Januar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Durch Beschluß vom 29. Januar 1948 ist der Kraftfahrer Friedrich Hintzke, geboren am 27. September 1904 in Berlin, zuletzt wohnhaft gewesen in Berlin-Neukölln, Falkstraße 3, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes ist der 30. September 1945 festgestellt.
Az. 19. 8. F. 149/47.
Berlin-Neukölln, den 29. Januar 1948.
Amtsgericht Neukölln

Durch Beschluß vom 10. Februar 1948 sind
a) der am 8. Juli 1878 in Schönlanke (Grenzmark) geborene Hermann Müller,
b) die am 4. Oktober 1902 in Berlin geborene Erna Abraham, geb. Müller,
c) der am 26. März 1898 in Berlin geborene Karl Abraham,
sämtlich zuletzt in Berlin-Neukölln, Herfurthstraße 18, wohnhaft gewesen, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes ist für Hermann Müller der 13. Oktober 1944, für Erna Abraham, geb. Müller, der 31. Oktober 1944 und für Karl Abraham der 15. Oktober 1944 festgestellt.
Az. 8. F. 193/47.
Berlin-Neukölln, den 10. Februar 1948.
Amtsgericht Neukölln

Auf Antrag der Frau Ingeborg Freitag, Berlin-Blankenfelde, Kartoffelsteig 63, wird ihr am 17. August 1916 geborener, zuletzt in Berlin-Blankenfelde wohnhafter Ehemann, der verschollene Bäcker Werner Freitag für tot erklärt und als Zeitpunkt seines Todes der 30. Juni 1944 festgestellt.
Az. 4. II. 28/47.
Berlin-Pankow, den 3. Februar 1948.
Amtsgericht Pankow

Auf Antrag der Frau Margarete Kätzler, Berlin-Pankow, Florastraße 15, wird der daselbst zuletzt wohnhafte Bäcker Franz Kätzler, geboren am 27. Juni 1911, für tot erklärt und als Zeitpunkt seines Todes der 1. Mai 1945 festgestellt.
Az. 4. II. 47/47. Amtsgericht Pankow

Auf Antrag des Glasermeisters Fritz Selbiger wird dessen Ehefrau Edith Evelyn Selbiger, geb. Rosenthal, geboren am 21. Oktober 1902 in Berlin, zuletzt wohnhaft in Berlin-Pankow, Neue Schönholzer Straße 16, für tot erklärt. Als Zeitpunkt des Todes wird der 1. März 1943 festgestellt.
Az. 4. II. 81/47.
Berlin-Pankow, den 13. Oktober 1947.
Amtsgericht Pankow

Auf Antrag der Ehefrau Luise Schwermer, geb. Hadon, in Berlin-Hohenschönhausen, Nicholer Straße 42, wird ihr seit den Narwa-Kämpfen vom 2. bis 11. März 1944 vermißter Schwiegersohn, Fleischer Bruno Reichert, ebendaher, für tot erklärt. Als Todestag wird der 1. April 1944 festgestellt.
Az. 3. II. 54/47.
Berlin-Weißensee, den 6. Februar 1948.
Amtsgericht Weißensee

Ausschlußurteile

In der Aufgebotssache der Eheleute Regierungsbaumeister a. D. Ernst Beilfuß und Eva Beilfuß, geb. Neßler, in Hamburg-Bahrenfeld, Friesenweg 5, wird der über die im Grundbuch des Amtsgerichts Berlin-Lichterfelde von Berlin-Steglitz, Band 75, Blatt 2272, in Abt. III unter Nr. 1 eingetragene Hypothek von 11 195,31 GM — Gläubiger: Antragsteller Eheleute Beilfuß — gebildete Teilhypothekenbrief für kraftlos erklärt.
Az. 3. F. 10/47.
Berlin-Lichterfelde, den 27. Januar 1948.
Amtsgericht Lichterfelde

Durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts Spandau vom 29. Januar 1948 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Spandau von Spandau, Band 241 Blatt 7526, in Abt. III, Nr. 2, für den Fleischermeister Fritz Nölke in Havelberg eingetragene Darlehnshypothek von 15 000 RM — Fünfzehntausend RM —, mit 4½ % jährlich verzinslich, für kraftlos erklärt worden.
Az. 6. F. 12/47.
Berlin-Spandau, 30. Januar 1948.
Amtsgericht Spandau

Durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts Spandau vom 30. Januar 1948 ist der Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Spandau von Staaken, Band 30 Blatt 1135, in Abt. III, Nr. 5, für den ehemaligen Deutschen Offiziersverein (Armeemarinehaus) in Berlin eingetragene Hypothek von 5400 RM — Fünftausendvierhundert RM — für kraftlos erklärt.
Az. 5. F. 12/46.
Berlin-Spandau, den 30. Januar 1948.
Amtsgericht Spandau

Durch Ausschlußurteil des Amtsgerichts Spandau vom 30. Januar 1948 ist der Hypothekenbrief für die im Grundbuch des Amtsgerichts Berlin-Spandau von Gladow, Band 32, Blatt 939, in Abt. III, Nr 5, für den Kaufmann Hermann Maerker eingetragene Darlehnshypothek von 5000 GM — Fünftausend Goldmark — nebst 5 %, unter Umständen 6 %, Zinsen für kraftlos erklärt worden.
Az. 5. F. 13/46.
Berlin-Spandau, den 30. Januar 1948.
Amtsgericht Spandau

In der Aufgebotssache des Sterbekassenvereins für Reichspostbeamte, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Berlin-Lichterfelde, Baseler Straße 120 hat das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg in Berlin auf die mündliche Verhandlung vom 15. Januar 1948 durch den Rechtsanwalt Mühlmann als Richter für Recht erkannt: Der Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Kreuzberg von Tempelhofer Vorstadt, Band 103, Blatt 3107, in Abt. III unter Nr. 16 eingetragene Hypothek von 55 000 GM, mindestens 55 000 RM nebst Zinsen, wird für kraftlos erklärt.
Az. 15. II. 213/47.
Berlin SW 11, den 15. Januar 1948.
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

In der Aufgebotssache der Wollankschen Familienstiftung in Berlin W 35, Kurfürstenstraße 155, hat das Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg in Berlin auf die mündliche Verhandlung vom 15. März 1947 durch den Amtsgerichtsrat Klimke für Recht erkannt: Der Hypothekenbrief über die im Grundbuch des Amtsgerichts Kreuzberg von Luisenstadt, Band 38, Blat 1903, in Abt. III unter Nr 1, 2, 3, 4, 49 und 51, eingetragene Hypothek von 47 250 RM nebst Zinsen wird für kraftlos erklärt.
Az. 2b. F. 17/46.
Berlin SW 11, den 15. März 1948.
Amtsgericht Tempelhof-Kreuzberg

Konkurse

Über das Vermögen der Kommanditgesellschaft Chemische Manufaktur Company Otto R. Barth, Berlin-Wilmersdorf, Güntzelstraße 60, persönlich haftender Gesellschafter Kaufmann Otto R. Barth, ebenda, vertreten durch den Treuhänder Karl Reins, Berlin-Nikolassee, Gerkrathstraße 13, ist am 14. Februar 1948, 13 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet worden. Verwalter: Ernst Neitzel, Berlin-Steglitz, Forststraße 10. Frist zur Anmeldung der Konkursforderungen bis 15. April 1948. Erste Gläubigerversammlung 17. März 1948, 11.15 Uhr. Prüfungstermin am 10. Mai 1948, 11 Uhr, im Gerichtsgebäude, Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17—20, Zimmer 160, I. Stock. Offener Arrest mit Anzeigefrist bis 15. April 1948.
Az. 30. N. 10/48.
Amtsgericht Mitte

Das Konkursverfahren über den Nachlaß des am 27. Februar 1947 verstorbenen, zuletzt in Berlin-Lichtenberg, Rüdigerstraße 15, wohnhaft gewesenen Albert Seeger und Helene Seeger, geb. Krogull, ist infolge Schlußverteilung nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben worden.
Az. 30 N. 33/34, 47 a Bl. 39.
Berlin-Charlottenburg, den 25. Februar 1948.
Amtsgericht Berlin-Mitte

In dem Konkursverfahren über den Nachlaß des am 7. November 1946 verstorbenen, zuletzt in Berlin-Friedenau, Brunhildestraße 1, wohnhaft gewesenen Kaufmanns Heinz Marschner ist der Schlußtermin auf den 24. März 1948, 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte in Berlin-Charlottenburg, Tegeler Weg 17—20, Zimmer Nr. 160, I. Stockwerk, bestimmt.
Der Termin dient zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen.
Az. 30 N. 50. 46 a Bl. 45.
Amtsgericht Berlin-Mitte

Nachlaßsachen

Die am 5. Juni 1947 verstorbene Frau Frieda Otto, geb. Faedrich, aus Berlin-Adlershof, Groß-Ziethener Weg 142 hat, soweit bisher ermittelt werden konnte, Erben nicht hinterlassen.
Alle Personen, denen Erbrechte an dem Nachlaß zustehen, werden aufgefordert, ihre Rechte bis zum 15. Mai 1948 bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden, widrigenfalls gemäß § 1964 BGB festgestellt werden wird, daß ein anderer Erbe als die Stadt Berlin nicht vorhanden ist.
Der reine Nachlaß beträgt etwa 1509 RM.
Az. 4. VI. 148/47. Trept.
Berlin-Köpenick, den 2. Februar 1948.
Amtsgericht Köpenick

Am 14. Dezember 1945 ist der Emil Tomzig im Hospital Wuhlgarten verstorben, ohne daß Erben ermittelt werden konnten.
Alle diejenigen, denen Erbrechte am Nachlaß zustehen, werden hiermit von Amts wegen aufgefordert, ihre Rechte im Nachlaß bis zum 30. April 1948 bei dem unterzeichneten Gericht anzumelden, widrigenfalls gemäß § 1964 BGB festgestellt wird, daß ein anderer Erbe als der Fiskus nicht vorhanden ist.
Der reine Nachlaßwert beträgt 450 RM.
Az. 7. VI. 74/47.
Berlin-Lichtenberg, den 6. Februar 1948.
Amtsgericht Lichtenberg

In der Erbscheinsache Charlotte Behrend, geb. Rufert, wird der am 13. August 1945 erteilte gemeinschaftliche Erbschein nach der am 4. Mai 1945 verstorbenen Charlotte Behrend, geb. Rufert, für kraftlos erklärt.
Az. 6 b. VI. 272/45
Berlin-Lichtenberg, den 21. Januar 1948.
Amtsgericht Lichtenberg

Der Kaufmann Karl Kamper, zuletzt wohnhaft in Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 107, ist am 3. Februar 1946 verstorben, ohne daß Erben haben ermittelt werden können.
Alle, welche Erbansprüche gegen den Nachlaß haben, werden hiermit aufgefordert, diese bei dem unterzeichneten Gericht bis zum 30. April 1948 anzumelden, widrigenfalls festgestellt werden wird, daß die Stadt Groß-Berlin Erbe des Verstorbenen geworden ist.
Az. 7. XI. 149/46.
Berlin-Schöneberg, den 26. Februar 1948.
Amtsgericht Schöneberg

Handelsregister

(Für die Angaben in (—) übernimmt das Registergericht keine Gewähr)

Amtsgericht Berlin-Mitte

In unser Handelsregister, Abteilung A, ist eingetragen:

Am 16. Juli 1947. Abteilung 61.

Neueintragungen

A. 3755/Nz. Krami Paul G. R. Krause (Berlin-Schmargendorf, Dobraner Straße 10).
Geschäftsinhaber ist der Kaufmann Paul Georg Rudolf Krause, Berlin.
A. 3756 Nz. Deutsche Kaffee-Lagerei Heinz Iwan (Berlin-Schöneberg, Siegfriedstraße 1).
Geschäftsinhaber ist der Kaufmann Heinz Iwan, Berlin.

Veränderungen

A. 788/Nz. Abiedat-Werkstätten Haselhorst Kom.-Ges. (Berlin-Haselhorst, Gartenfelder Straße 64—70)
Zwei Kommanditisten sind aus der Gesellschaft ausgeschieden; gleichzeitig ist eine Kommanditistin neu eingetreten.
A. 3499 Nz. Theodor Bergmann Bekleidung (Berlin-Schöneberg, Bayrischer Platz 6)
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Juni 1947 begonnen hat. Der Industriekaufmann Franz Gielen, Greiz (Thür.), ist als persönlich haftender Gesellschafter in das Geschäft eingetreten.
A. 3564/Nz. Impex Production Erich F. Posekel (Berlin W 35, Tirpitzufer 60).
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Juli 1947 begonnen hat. Fräulein Gertrud Gauerke, Berlin, ist als persönlich haftende Gesellschafterin in das Geschäft eingetreten. Die Firma ist geändert, sie lautet: Handelsgesellschaft Posekel & Co.
A. 88 849. Erdt & Schmidt (Berlin O 27, Blumenstraße 80/81).
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Abwicklung erfolgt durch sämtliche Gesellschafter als Abwickler. Jeder Abwickler soll einzeln handeln können.

Abteilung 63.

Veränderungen

A. 1153/Nz. P. Merten & Co. (Berlin SW 61, Wilmastraße 4).
I. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der bisherige Gesellschafter Herbert Merten ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Firma ist geändert, sie lautet: Herbert Merten.
II. Offene Handelsgesellschaft, die am 14. Juli 1947 begonnen hat. Die Kauffrau Gudrun Stein, Meißen, ist in das Geschäft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Gesellschafter Herbert Merten ermächtigt. Die Firma ist geändert, sie lautet: H. Merten & Co.
A. 1803 Nz. Johann Will, Inhaber Erich Katins (Berlin-Neukölln, Anzengruberstraße 19).
Der Kaufmann Erich Katins, Berlin, führt das Geschäft als Einzelkaufmann fort. Die Firma ist geändert, sie lautet: Erich Katins Gerüstverleih und Fuhrgeschäft.
A. 1934/Nz. Rheinschloß-Film-Theater Gertrud Borghard (Berlin-Friedenau, Rheinstraße 69).
Die Eintragung unter lfd. Nr. 1 in Spalte 5 betr. die Veräußerung des Geschäfts an Frau Rosemarie Müller ist gem. § 142 RFGG von Amts wegen gelöscht.
A. 88 693. H. Pfau Inh. L. Lieberknecht (Berlin NW 6, Luisenstraße 43).
Der Gesellschafter Dr. Herbert Lieberknecht, Kaufmann, Berlin, ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist die Witwe Charlotte Lieberknecht als persönlich haftende Gesellschafterin eingetreten.
A. 91 493. Friedrich Nitze jun. (Berlin-Wilmersdorf, Mecklenburgische Straße 92/93).
Die Prokura des Herbert Rammoch ist erloschen. Einzelprokurist ist Hedwig Wickel, Berlin.
A. 92 593. Hermann Waltz (Berlin SO 36, Moosdorfstraße 5).
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Paul Lehmann führt das Geschäft als Einzelkaufmann fort. Einzelprokurist ist Lisa Lehmann, geb. Eck, Berlin. Die Firma ist geändert, sie lautet: Hermann Waltz Inh. Paul Lehmann.

Am 17. Juli 1947. Abteilung 61.

Veränderungen

A. 3757/Nz. Elise Kahdemann (Berlin-Steglitz, Schloßstraße 115).
Frau Charlotte Starke, geb. Kahdemann, verw. Zuther, Berlin, hat das Geschäft mit Firma übernommen.
A. 3758/Nz. Herstellung von Arzneimitteln Hans Schlechter (Berlin-Dahlem, Podbielskiallee 77).
Geschäftsinhaber ist der Chemiker Hans Schlechter, Berlin. Einzelprokuristin ist Emma Schlechter, geb. Neumann, Berlin.
A. 2203/Nz. Gehringer & Glupp (Berlin W 15, Kurfürstendamm 213).
Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidator ist der Kaufmann Alfred Stachel, Berlin.

Abteilung 63.

Neueintragungen

A. 3759/Nz. Maschinenfabrik Albert Piosik & Co. (Berlin-Oberschöneweide, Edisonstraße 63).
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. November 1946 begonnen hat. Persönlich haftende Gesellschafter sind Kaufmann Willi Haberland, Berlin, Ingenieur Kurt Nitschke, Berlin, Schlosser Albert Piosik, Berlin. Zur Vertretung der Gesellschaft sind je zwei Gesellschafter gemeinschaftlich ermächtigt.

Veränderungen

A. 3760/Nz. Ed. Stein & Co. (Berlin O 17, Markusstraße 52).
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Juli 1947 begonnen hat. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Fabrikant Emil Vortmüller, Berlin, und Frau Martha Sponnagel, geb. Srock, Berlin.
A. 3761/Nz. Papiergroßhandlung Otto Waßmann (Berlin SO 36, Hoffmannstamm 59—61).
Dem Kaufmann Erich Gutschow, Berlin, ist Prokura erteilt worden.

Am 18. Juli 1947. Abteilung 61.

Veränderungen

A. 3762/Nz. „GePa" Beleuchtungskörper- und Glas-Vertrieb Paul Warzecha (Berlin O 34, Gubener Straße 47).
Im Wege der Erbauseinandersetzung ist das Geschäft auf den Kaufmann Erwin Warzecha, Eichwalde, Kreis Teltow, übergegangen. Die Firma ist geändert, sie lautet: „GEPA" Beleuchtungskörper- und Glas-Vertrieb Erwin Warzecha.
A. 3763/Nz. Hinrich Denecke (Berlin-Charlottenburg, Clausewitzstraße 7).
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. April 1940 begonnen hat. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Kaufmann Hinrich Denecke, Berlin, Marga Bremer, geb. Denecke, Berlin, Hans-Jürgen Bremer, Kaufmann, Berlin. Hans Denecke ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.
A. 3764/Nz. Wilhelm Bühler & Co. (Berlin-Nikolassee, Paul-Krause-Straße 5).
Jetzt Kommanditgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 14. Juni 1947 begonnen. Es ist ein Kommanditist eingetreten.
A. 3765/Nz. Paul Hentschel & Co. (Berlin NO 55, Danziger Straße 36).
Der Kaufmann Bruno Hentschel, Berlin, ist als persönlich haftender Gesellschafter aus der Gesellschaft ausgeschieden.
A. 88 907. Armeemarinehaus (Berlin-Charlottenburg, Uhlandstraße 17—19).
Gustav C. Wegener, Wolfgang von Hülsen und Gertzlaff von Hertzberg sind nicht mehr Vorstandsmitglieder. Die gleiche Eintragung wird für die hiesige Zweigniederlassung erfolgen, und zwar unter deren Firma: Reitschule Armeemarinehaus, Zweigniederlassung vom Armeemarinehaus.

Abteilung 63.

Neueintragungen

A. 3766/Nz. Paul Lehmann Großhandel und Handelsvertretungen für fotografische und fotochemische Erzeugnisse (Berlin-Charlottenburg, Joachimsthaler Straße 41).
Geschäftsinhaber ist der Kaufmann Paul Lehmann, Berlin.

Veränderungen

A. 3767/Nz. Otto Möhrke (Berlin-Wilmersdorf, Ludwigkirchstraße 9).
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Januar 1947 begonnen hat. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Kaufmann Karl Feyerabend, Berlin, Kaufmann Karlheinz Feyerabend, Berlin, verwitwete Käte Lützkendorf, geb. Feyerabend, Berlin. Die Gesellschafterin Lützkendorf ist von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Firma ist geändert, sie lautet: Karl Feyerabend offene Handelsgesellschaft.
A. 3768/Nz. Friedrich Wilhelm Schmidt Hoch-, Tief- und Eisenbetonbau (Berlin-Steglitz, Nicolaistraße 9—11).
Das Geschäft ist im Erbgang auf die Witwe Ella Schmidt, geb. Pomfrett, Berlin, übergegangen. Einzelprokuristin ist Charlotte Berckemeyer, geb. Schmidt, Berlin. Die Prokura des Paul Gießler ist erloschen.
A. 3769/Nz. Carl H. Richter (Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsaue 28 a).
Der Ingenieur Friedrich Richter, Berlin, ist durch Tod ausgeschieden. Gleichzeitig ist die Witwe Frau Emma Richter, geb. Boehmer, Berlin, eingetreten. Jetzt Kommanditgesellschaft, die am 1. Januar 1947 begonnen hat. Es ist eine Kommanditistin vorhanden.

Löschungen

A. 111 780. Heinz Mußig, Bauunternehmen (Berlin C 2, Limonstraße 250).
Die Firma ist erloschen.
A. 88 824. Metz & Co. (Berlin-Steglitz, Schloßstraße 9/10).
Die Firma ist erloschen.

Am 19. Juli 1947. Abteilung 61.

Neueintragungen

A. 3770/Nz. Asmuß & Moskwa Bauunternehmen für Hoch- und Tiefbau (Berlin-Charlottenburg, Keplerstraße 44).
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. Januar 1946 begonnen hat. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Baumeister Max Moskwa, Berlin, und Witwe Charlotte Asmuß, geb. Sachtler, Berlin. Zur Vertretung der Gesellschaft sind beide Gesellschafter nur gemeinschaftlich ermächtigt.
A. 3771/Nz. Johanna Kohler (Berlin N 65, Müllerstraße 162).
Geschäftsinhaberin ist die unverehelichte Johanna Kohler, Berlin.

Veränderungen

A. 3772/Nz. Chemische Fabrik Apotheker Weitz Kommanditgesellschaft (Berlin-Lichterfelde-Ost, Boothstraße 22).
Ein Kommanditist ist aus der Gesellschaft ausgeschieden.

Abteilung 63.

A. 2059/Nz. Schuchardt & Co. Fertigung und Großhandel von Füllhaltern und Tintenschreibern (Berlin-Neukölln, Hobrechtstraße 62).
Der Kaufmann Johannes Leonhard ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist der Kaufmann Walter Liebig in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten.
A. 2263/Nz. Marsollek & Altmann Elektrodraht-Material (Berlin-Charlottenburg, Sophienstraße 29).
Der Gesellschafter Hans Altmann, Berlin, ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Gleichzeitig ist die Erna Marsollek in die Gesellschaft als persönlich haftende Gesellschafterin eingetreten. Die Gesellschafterin Erna Marsollek ist von der Vertretung der Gesellschaft ausgeschlossen. Die Firma ist geändert, sie lautet: Marsollek & Co. Elektro-Gesellschaft.
A. 2296/Nz. Spritzmalerei und Papierverarbeitung Emil Appoldt Kommanditgesellschaft (Berlin W 35, Genthiner Straße 38).
Gesamtprokuristen sind: Paul Munier, Berlin, und Franz Dube, Berlin. Ein Kommanditist ist aus der Gesellschaft ausgeschieden; gleichzeitig ist ein neuer Kommanditist eingetreten.
A. 2315/Nz. Arthur Goudry Inhaber Herbert Timm Großhandel in Werkzeugen und Holzwaren Timm & Ehmer vorm. Arthur Goudry (Berlin SO 36, Reichenberger Straße 104).
Die Gesellschaft ist aufgelöst, der Gesellschafter Fritz Ehmer ist ausgeschieden. Herbert Timm, Kaufmann, Berlin, ist nunmehr Alleininhaber. Die Firma ist geändert, sie lautet: Argy Inh. Herbert Timm.
A. 3776/Nz. Kurt Steinitz Kommanditgesellschaft Elektrotechnisches Laboratorium (Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 12).
Edwin Schneider, Bad Steben (Oberfranken), ist Einzelprokura erteilt.

Löschung

A. 571/Nz. Otto Lehwald, Konfektion (Berlin-Charlottenburg, Pestalozzistraße 37).
Die Firma ist erloschen.

Neueintragungen

A. 3774/Nz. Ernstine Sommer, Fabrikation von Wäsche und Damenoberbekleidung (Berlin O 34, Grunberger Straße 24).
Geschäftsinhaberin ist die Kauffrau Ernestine Sommer, Berlin.
A. 3775/Nz. Günter-Wolfgang Meyer (Berlin-Wannsee, Bismarckstraße 21).
Geschäftsinhaber ist der Großhandels-Kaufmann Günter-Wolfgang Meyer, Berlin.

Am 21. Juli 1947. Abteilung 61.

Neueintragungen

A. 3777/Nz. Funkdienst West Ing. Heinz Krugelstein (Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 8a).
Geschäftsinhaber ist der Radiomeister Heinz Krugelstein, Berlin.
A. 3778/Nz. Erich Blaczy Feinkost, Weine, Liköre (Berlin-Wannsee, Chausseestraße 8).
Geschäftsinhaber ist der Kaufmann Erich Blaczy, Berlin.
A. 3779/Nz. Erwin Epstein & Co. Spedition (Berlin SO 36, Manteuffelstraße 79).
Offene Handelsgesellschaft, die am 1. März 1947 begonnen hat. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Kaufmann Erwin Epstein, Berlin, und Frau Hildegard Habeck, geb. Fiek, Berlin.
A. 3780/Nz. Erich W. Krauß Handelsvertretung und Sortimentsgroßhandel (Berlin-Treptow, Am Treptower Park 37).
Geschäftsinhaber ist der Kaufmann Erich Walter Krauß, Berlin.

Veränderungen

A. 120/Nz. J. Kliemt (Berlin C 2, Wallstraße 21/22).
Die Einzelprokuren unter Beschränkung auf die Zweigniederlassung Berlin des Paul Müller und Günter Gueffroy sind erloschen.
A. 100 820. Erich Burger & Co. (Berlin NW 7, Hannoversche Straße 28—30).
Der Sitz ist nach Birkenfeld verlegt.

Abteilung 63.

Veränderungen

A. 3782/Nz. Hermann Weiß — Verlag (Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 26).
Geschäft und Firma sind auf Cäcilie Heinrich, geb. Kellner, und den am 28. Januar 1938 geborenen Dieter Heinrich als Alleininhaber in ungeteilter Erbengemeinschaft übergegangen.
A. 3783/Nz. Wilhelm auf der Nöllenburg (Berlin SO 36, Liegnitzer Straße 15).
Das Geschäft ist unter Ausschluß der bis zum Erwerbe entstandenen begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten auf den Ingenieur Günther Nickel übergegangen. Die Prokura der Hedwig auf der Nöllenburg ist erloschen. Einzelprokurist ist Wilhelm auf der Nöllenburg, Berlin.
A. 3784/Nz. Dr. Georg Seibt Nachf. (Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 54).
Die Prokuren des Arthur Schultz, Otto Schwoshau und Kurt Kohler sind erloschen.

Amtsgericht Berlin-Mitte

III. Bekanntmachungen der Wirtschaft

Ungültigkeitserklärung eines Dienstsiegels

Das Dienstsiegel der Versicherungsanstalt Berlin mit der Umschrift „Versicherungsanstalt Berlin Verwaltungsstelle 6, Kennbuchstabe B" ist in Verlust geraten und wird hiermit für ungültig erklärt.

Sollten noch Bescheinigungen mit einem Abdruck dieses Dienstsiegels vorgelegt werden, so sind sie einzuziehen und der Versicherungsanstalt, Hauptabteilung Verwaltungsstellen, zur Nachprüfung zu übersenden.

Berlin, den 16. Februar 1948.

Versicherungsanstalt Berlin
Hauptabteilung Verwaltungsstellen
Schulz

Berliner Kraft- und Licht (Bewag)-Aktiengesellschaft

Einladung zur Hauptversammlung

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zu der am
Freitag, dem 16. April 1948, 11 Uhr
im Sitzungszimmer des Verwaltungsgebäudes, Berlin NW 7, Luisenstraße 35, I. Stock stattfindenden Hauptversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Geschäftsberichtes mit dem Bericht des Aufsichtsrates für das am 30. Juni 1947 abgelaufene 17. Geschäftsjahr durch den Vorstand.
2. Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
3. Wahlen zum Aufsichtsrat.
4. Wahl des Abschlußprüfers für das am 30. Juni 1948 endende 18. Geschäftsjahr.

Diejenigen Aktionäre, die in der Hauptversammlung ihr Stimmrecht ausüben oder Anträge stellen wollen, müssen ihre Aktien, soweit es sich um Inhaber-Aktien handelt, bis spätestens Sonnabend, dem 10. April 1948, hinterlegen. Soweit Aktien-Urkunden für Inhaber-Aktien nicht ausgegeben worden sind, können statt der Aktien

der Gewinnanteilschein Nr. 14
oder der Erneuerungsschein zum ersten Gewinnanteilscheinbogen (Gewinnanteilschein 1 bis 10)
oder Interimsscheine, die an Stelle der Aktien ausgegeben worden sind, hinterlegt werden. Die Hinterlegung kann während der üblichen Geschäftsstunden erfolgen:

bei jedem deutschen Notar
in Berlin: bei der Gesellschaft, Berlin NW 7, Luisenstr. 35 (Hauptkasse),
in München: bei Merck, Finck & Co.,
in Frankfurt a. M.: bei Frankfurter Bank, Hessische Bank, Filiale Frankfurt a. M., Mitteldeutsche Creditbank, Rhein-Main-Bank,
in Hamburg: bei Brinckmann, Wirtz & Co., Commerzbank Aktiengesellschaft, Deutsche Bank, Dresdner Bank,
in Essen: Burkhardt & Co.,
in Köln: Bankhaus Sal. Oppenheim jr. & Cie.,
im Auslande: bei Société Financière de Transports et d'Entreprises Industrielles (Solina), Société Anonyme, Brüssel; Banca Commerciale Italiana, Mailand; Nederlandsche Handel-Maatschappij N.V., Amsterdam und Rotterdam; Schweizerischer Bankverein, Basel; Aktiengesellschaft Leu & Co., Zürich; Schweizerische Kreditanstalt, Zürich.

Die Hinterlegung ist auch dann ordnungsgemäß erfolgt, wenn die Inhaber-Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei anderen Bankfirmen bis zur Beendigung der Hauptversammlung im Sperrdepot gehalten werden. Im Falle der Hinterlegung der Inhaber-Aktien bei einem Notar ist die Bescheinigung des Notars über die erfolgte Hinterlegung in Urschrift oder in Abschrift spätestens bis zum Montag, dem 12. April 1948, bei der Gesellschaft einzureichen.

Aktionäre, die im Aktienbuch eingetragen sind, haben ihre Teilnahme an der Hauptversammlung spätestens bis zum Dienstag, dem 13. April 1948, anzumelden. Das Aktienbuch ist Berlin NW 7, Luisenstraße 35 (Hauptkasse), ausgelegt.

Berlin, am 27. Februar 1948.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates
Prof. Ernst Reuter

Signalapparatefabrik Julius Kräcker Aktiengesellschaft

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am Sonnabend, dem 24. April 1948, um 14 Uhr in unseren Geschäftsräumen Berlin-Mariendorf, Gerstenstraße 41, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung hierdurch eingeladen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1947 sowie Vorlage des Jahresabschlusses.
2. Genehmigung des Jahresabschlusses sowie Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns.
3. Entlastung des Aufsichtsrates und des Vorstandes.
4. Wahl eines Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1948.
5. Verschiedenes.

Zur Teilnahme an der ordentlichen Hauptversammlung und zum Erscheinen in derselben sind nur diejenigen Aktionäre berechtigt, welche spätestens am dritten Werktage vor der anberaumten Hauptversammlung während der üblichen Geschäftsstunden entweder ihre Aktien bei der Geschäftskasse oder bei einem deutschen Notar in Berlin niedergelegt haben.

Berlin, den 17. Februar 1948.

Der Vorstand

Gebr. Koppe Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hierdurch zu der am Donnerstag, dem 8. April 1948, vormittags 10 Uhr, in unseren Geschäftsräumen, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 131/132, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichtes des Vorstandes und des Jahresabschlusses für 1947.
2. Beschlußfassung über die Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Aufsichtsratswahl.
4. Wahl des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 1948.
5. Verschiedenes.

Die Aktien sind gemäß § 15 unserer Satzung bis Sonnabend, den 3. April 1948 bei unserer Gesellschaftskasse, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstraße 131/132, bis zur Beendigung der Hauptversammlung zu hinterlegen.

Falls die Hinterlegung bei einem Notar erfolgt, sind die Bescheinigungen des Notars über die Hinterlegung spätestens einen Tag nach Ablauf der Hinterlegungsfrist bei der Gesellschaft einzureichen.

Berlin-Lichtenberg, den 17. Februar 1948.

Der Vorstand:
Bergmann Biener

Deutsche Hagel-Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit für Gärtnereien usw.
Berlin-Charlottenburg 4, Schlüterstraße 38/39

Einladung

Hiermit laden wir zu der am
Donnerstag, dem 18. März 1948, nachm. 15 Uhr,
in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, Berlin-Charlottenburg 4, Schlüterstr. 38/39,
stattfindenden
ordentlichen Versammlung der Mitgliedervertreter
ergebenst ein.

Tagesordnung:

1. Änderung der Satzung:
   § 1. Errichtung von Zweigniederlassungen, § 2. Zweck, § 3. Bekanntmachung, § 4. Gerichtsstand, § 10. Ordentliche Versammlung der Mitgliedervertreter, § 22. Vorsitz des Vorstandes, § 26. Verwendung des Überschusses, §§ 16, 17, 18, 21—25, 28—29. Formelle Änderung bezügl. gesetzlicher Vorschriften.
2. Vorlage des Geschäftsberichtes, der Jahresabschlußrechnung und des Berichtes des Aufsichtsrates über den Jahresabschluß 1947.
3. Beschlußfassung über die Verteilung der Überschüsse.
4. Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrates.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Verschiedenes.

Deutsche Hagel-Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit
für Gärtnereien usw.
Der Vorstand
Schröder

Terrain-Gesellschaft am Teltow-Canal Rudow-Johannisthal, Aktiengesellschaft

Die Aktionäre unserer Gesellschaft laden wir hiermit zu der am
Freitag, dem 9. April 1948, 12 Uhr,
in unseren Geschäftsräumen Berlin, Kurfürstendamm 190—192, stattfindenden
ordentlichen Hauptversammlung
ein.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichtes und des Jahresabschlusses nebst dem Bericht des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1943 zur Kenntnisnahme durch die Hauptversammlung gemäß Verordnung vom 23. Dezember 1943.
2. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 1943 gemäß Verordnung vom 23. Dezember 1943.
3. Vorlage der Geschäftsberichte und der festgestellten Jahresabschlüsse nebst den Berichten des Aufsichtsrates für die Geschäftsjahre 1944, 1945 und 1946.
4. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrates für die Geschäftsjahre 1944, 1945 und 1946.
5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
6. Genehmigung der vom Aufsichtsrat vorgenommenen Bestellung des Prüfers für die Geschäftsjahre 1944 und 1946 und Wahl des Prüfers für das Geschäftsjahr 1948.

Über die Einzelheiten der Hinterlegung der Aktien zur Ausübung des Stimmrechts gibt die Verwaltung Auskunft.

Berlin, den 3. März 1948.

Der Vorstand

Eisenbahn-Verkehrsmittel-Aktiengesellschaft
Berlin-Wilmersdorf, Kaiserallee 36/37

Einladung zur ordentlichen Hauptversammlung
am Freitag, dem 30. April 1948, 12 Uhr,
im Hause der Deutschen Bank, Hamburg, Alter Wall 37.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Geschäftsberichts des Vorstandes, des Jahresabschlusses und des Berichts des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1943/44 sowie des gemeinsamen Beschlusses von Vorstand und Aufsichtsrat über die Gewinnverteilung für das Geschäftsjahr 1943/44 gemäß der 2. Verordnung über die Einschränkung von Mitgliederversammlungen vom 23. Dezember 1943 (Reichsgesetzblatt I S. 689).
2. Vorlage der Geschäftsberichte des Vorstands, der Jahresabschlüsse und der Berichte des Aufsichtsrats über die Geschäftsjahre 1944/45 und 1945/46.
3. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstandes und des Aufsichtsrats für die Geschäftsjahre 1943/44, 1944/45 und 1945/46.
4. Neuwahl des Aufsichtsrats.
5. Abänderung der Satzungen § 14, betreffend den Ort der Hauptversammlung.
6. Wahl des Abschlußprüfers für die Geschäftsjahre 1946/47 und 1947/48.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung sind gemäß § 15 der Satzungen diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am 26. April 1948 entweder bei der Gesellschaft in Berlin-Wilmersdorf oder Bad Münder am Deister, Suntelstraße 42, oder bei der Deutschen Bank, Hamburg, Commerzbank A.-G., Hamburg, Berliner Handels-Gesellschaft, Erlangen, Hessischen Bank, Frankfurt a. M., Mitteldeutschen Kreditbank, Frankfurt a. M., während der üblichen Geschäftsstunden bis zur Beendigung der Hauptversammlung hinterlegen.

Im übrigen wird wegen der Hinterlegung der Aktien auf § 15 der Satzungen verwiesen. In den Fällen, in denen eine Hinterlegung nicht möglich ist, haben die Aktionäre der Gesellschaft, Berlin-Wilmersdorf, oder Bad Münder am Deister, den Nachweis des Aktienbesitzes in der Form zu erbringen, daß sie

sich von ihrer Bank eine Bestätigung geben lassen, daß die Bank am oder nach dem 30. Juni 1944 für den Betreffenden Aktien unserer Gesellschaft in bestimmter Höhe in Verwahrung gehabt hat. Dieser Bestätigung ist eine eidesstattliche Versicherung beizufügen, daß er seit dem Stichtag der Bankbescheinigung über diese Aktien in keiner Form verfügt hat.

Berlin/Hamburg, den 12. März 1948.

Der Aufsichtsrat

Agrippina Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft Berlin.

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden zu der am Dienstag, dem 6. April 1948, vormittags 11 Uhr, in unserem Verwaltungsgebäude, Berlin W 30, Mackensenstraße 16, stattfindenden ordentlichen Hauptversammlung eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlage des Jahresabschlusses, des Geschäftsberichtes, des Berichts des Aufsichtsrats und des gemeinsamen Beschlusses des Aufsichtsrats und Vorstands über die Gewinnverteilung für das Geschäftsjahr 1943 gemäß der zweiten Verordnung über die Einschränkung von Mitgliederversammlungen vom 23. Dezember 1943.
2. Vorlage des Jahresabschlusses des Geschäftsberichts und Berichts des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 1944.
3. Beschlußfassung über die Verwendung des Reingewinns aus dem Geschäftsjahr 1944.
4. Beschlußfassung über die Entlastung des Vorstands und Aufsichtsrats für die Geschäftsjahre 1943 und 1944.
5. Wahl zum Aufsichtsrat.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung berechtigt und stimmberechtigt sind nur die im Aktienbuch der Gesellschaft eingetragenen Aktionäre oder ihre gesetzlichen Vertreter oder die von ihnen schriftlich bevollmächtigten Personen, sofern ihre Teilnahme nicht später als am dritten Tage vor der Versammlung dem Vorstand angemeldet worden ist. Bevollmächtigte dürfen nur stimmberechtigte Aktionäre der Gesellschaft sein. Sofern das Vermögen der Aktionäre auf Grund des Gesetzes Nr. 52 der amerikanischen, britischen und französischen Militärregierung oder auf Grund der Befehle Nr. 124, 126 des sowjetischen Oberbefehlshabers der Sperre unterliegt, ist diese den Teilnehmern an der Hauptverhandlung dem beurkundenden Notar mitzuteilen.

Berlin, den 19. Februar 1948.

Der Vorstand

Nordstern Allgemeine Versicherungs-Aktiengesellschaft

Aus dem Aufsichtsrat sind ausgeschieden: durch Tod: Dr. jur. Christian Oertel, Berlin; Alfred Croon, M.-Gladbach; Hans-Wolf von Goerschen, Holland; außerdem Dr. Ernst Böninger, Duisburg; Herbert L. W. Göring, Berlin.

In der außerordentlichen Hauptversammlung vom 9. Januar 1948 wurden zu Mitgliedern des Aufsichtsrats neu gewählt: Dr. Ing. Hans Drewes, Direktor, Berlin-Wilmersdorf; Hermann Heusch, Präsident der Industrie- und Handelskammer in Aachen; August von Joest, Landwirt, Haus Eichholz bei Wesseling a. Rh.; Dr. Hellmuth Louis, Rechtsanwalt, Berlin-Charlottenburg; Dr. Gerhard Schmidt, Rechtsanwalt, Berlin.

Berlin-Schöneberg, den 24. Februar 1948.

Der Vorstand

Rückversicherungs-Vereinigung Aktiengesellschaft

Aus dem Aufsichtsrat ist Dr. jur. Christian Oertel, Berlin, durch Tod ausgeschieden.

Zu Mitgliedern des Aufsichtsrats wurden neu gewählt: Karl Haus, Generaldirektor, Köln; Dr. Hellmuth Louis, Rechtsanwalt, Berlin-Charlottenburg; Dr. Gerhard Schmidt, Rechtsanwalt, Berlin.

Berlin-Schöneberg, den 24. Februar 1948.

Der Vorstand

Demag Motorenwerke Aktiengesellschaft

Durch einstimmigen Beschluß der Hauptversammlung vom 17. Januar 1948 ist das Aktienkapital unserer Gesellschaft von 4 Mill. RM auf 2 Mill. RM herabgesetzt worden. Die Herabsetzung erfolgt im Verhältnis 2 : 1.

Alle Aktionäre der Demag Motorenwerke Aktiengesellschaft werden hiermit aufgefordert, ihre Aktien unverzüglich dem Vorstand der Gesellschaft zwecks Zusammenlegung einzureichen. Falls die Vorlage der Aktien nicht bis zum 30. Juni 1948 erfolgt, werden diese für kraftlos erklärt.

Berlin-Marienfelde, den 28. Januar 1948.

Der Vorstand
Otto Schrödel Walter Schmülling

Berliner Schloßbrauerei Aktiengesellschaft

Nachdem ihm vom Magistrat von Groß-Berlin, Abteilung für Personalfragen und Verwaltung, gestattet worden ist, der Berufung Folge zu leisten, ist die durch einstimmigen Beschluß der außerordentlichen Hauptversammlung vom 30. Juni 1947 vorgenommene Bestellung des Herrn Direktor Felix Görlich zum Mitglied des Aufsichtsrats unserer Gesellschaft nunmehr wirksam geworden. Der Aufsichtsrat setzt sich demgemäß wie folgt zusammen:

1. Direktor Richard Müller, Garmisch-Partenkirchen, Gsteigstraße 24, Vorsitzer,
2. Rechtsanwalt und Notar Ferdinand Bartmann, Berlin-Charlottenburg, Hessenallee 3, Stellvertreter des Vorsitzers,
3. Rechtsanwalt und Notar Bruno Köhler, Berlin-Lichterfelde-Ost, Wilhelmstraße 33a,
4. Kaufmann Fritz Renz, Berlin NO 55, Prenzlauer Allee 50,
5. Direktor Felix Görlich, Berlin-Charlottenburg, Skirenweg 2.

Der Vorstand

Kraftloserklärung

Die Versicherungsscheine Nr. 166 204/166 425 auf das Leben von Herrn Johann Bartelsheim, Dachdeckermeister, Berlin-Friedenau, sind in Verlust geraten. Sie gelten als kraftlos, wenn sich der Inhaber der Versicherungsscheine nicht innerhalb von 2 Monaten gemeldet hat.

Berlin-Lichterfelde-Ost, den 16. Februar 1948.
Mariannenstraße 4.

Allas
Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft
Bezirksdirektion Berlin

Gläubigeraufruf

Die Einlegesohlen-Fabrik „Phönix" Schweda und Kuleisa ist aufgelöst. — Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei dem unterzeichneten Liquidator zu melden.

Berlin, W 50, Prager Straße 11.

Der Abwickler: Erich Meyer

Deutsche Gesellschaft für Siedlung und Wohnungsbau
Gemeinnützige Aktiengesellschaft (Deswo)
Berlin-Steglitz.
Bilanz zum 31. Dezember 1942

Aktiva

	Zugang RM	Abgang RM	Abschreibung RM	RM
I. Anlagevermögen				
1. Unbebaute Grundstücke	—	—	—	2 536,—
2. Wohngebäude	—	—	53 783,05	4 506 986,—
3. Geschäftsgebäude	11 700,—	—	14 360,91	82 000,—
4. Noch nicht abgerechnete Neubauten	119,85	—	—	166 685,79
5. Geschäftsausstattung	—	—	—	1,—
6. Sonstiges Anlagevermögen	1 091,—	—	1 090,—	33 073,—
	12 910,85	—	69 233,96	4 791 283,79
II. Umlaufvermögen				
1. Fertiggestellte Erwerbshäuser einschl. Kautanwartschaftshäuser				84 659,16
2. Wertpapiere				313 462,50
3. Hypotheken				3 193,83
4. Forderungen aus Mieten, Gebühren und Umlagen				478,18
5. Kassenbestand und Postscheckguthaben				7 401,55
6. Bankguthaben				8 627,92
7. Sonstige Forderungen				7 424,33
III. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen				189,13
				5 216 724,99
IV. Forderungen wegen persönlicher Schuldhaft	639 996,50			

Passiva

		RM
I. Grundkapital		2 000 000,—
(500 Stück Aktien, Nennbetrag RM 100,—		
150 „ „ „ „ 1000,—		
2000 Stimmen)		
II. Rücklagen		
Gesetzliche Rücklage		11 750,—
III. Wertberichtigungen		
1. Zu Posten des Anlagevermögens		62 233,—
2. Zu anderen Vermögensposten		5 927,92
IV. Rückstellungen		237 763,97
V. Verbindlichkeiten		
1. Hypothekenschulden		4 159 430,91
2. Pflichtsummen der Mieterschaft		92 825,—
3. Langfristige Baudarlehen		58 000,—
4. Von Kaufanwärtern geleistete Zahlungen		17 534,25
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		20 689,28
6. Sonstige Verbindlichkeiten		9 609,86
VI. Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen		17 134,37
VII. Reingewinn		10 700,35
		5 216 724,99
VIII. Verbindlichkeiten wegen persönlicher Schuldhaft		639 996,50

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1942

Aufwendungen

	RM	RM
1. Abschreibungen und Zuweisungen zu Wertberichtigungen		
A. Abschreibungen auf Anlagen		69 233,96
B. Zuweisungen zu Wertberichtigungen		
a) von Anlagen	67 233,—	
b) von anderen Vermögensposten	594,50	67 827,50
2. Verwaltungskosten		
a) Gehälter, Aufwandsentschädigungen und sonstige Personalkosten einschließlich der sozialen Abgaben	14 851,03	
b) sächliche Verwaltungskosten	2 914,04	17 765,07
3. Betriebskosten		
a) Steuern	45 432,48	
b) Löhne, Aufwandsentschädigungen und sonstige Personalkosten einschließlich der sozialen Abgaben	10 623,13	
c) sächliche Betriebskosten	33 854,67	89 910,28
4. Instandhaltungskosten		62 198,—
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		139 347,23
6. Beiträge an Berufsvertretungen		777,50
7. Außerordentliche Aufwendungen		917,90
8. Alle übrigen Aufwendungen		8 682,11
9. Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage		1 400,—
10. Gewinn des Geschäftsjahres		10 700,35
		467 916,88

Erträge

	RM
1. Mieteinnahmen einschl. Mietzuschüsse	384 306,—
2. Zinsen und ähnliche Erträge	8 765,49
3. Außerordentliche Erträge	74 843,39
	467 916,88

Berlin-Steglitz, im Oktober 1943.

Deutsche Gesellschaft für Siedlung und Wohnungsbau
Gemeinnützige Aktiengesellschaft (Deswo)
Der Vorstand

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften.

Berlin, im März 1944.

Verband Berliner Wohnungsunternehmen

Deutsche Gesellschaft für Siedlung und Wohnungsbau
Gemeinnützige Aktiengesellschaft (Desiwo)
Bilanz zum 31. Dezember 1943

Aktiva

	Zugang RM	Abgang RM	Abschreibung RM	RM
I. Anlagevermögen				
1. Unbebaute Grundstücke	157 592,80	2 536,—	—	157 592,80
2. Wohngebäude	—	38 485,—	55 639,—	4 412 864,—
3. Forderung an das Reich für Sachschäden an Wohngebäuden	38 485,—	—	—	38 485,—
4. Geschäftsgebäude	—	—	3 250,—	78 750,—
5. Noch nicht abgerechnete Neubauten	400,96	67 238,—	26 641,01	73 207,74
6. Geschäftsausstattung	—	—	—	1,—
7. Sonstige Anlagevermögen	352,—	—	352,—	33 073,—
	196 830,76	108 259,—	85 882,01	4 793 973,54
II. Umlaufvermögen				
1. Wertpapiere				150 287,50
2. Hypotheken				3 024,19
3. Forderungen aus Mieten, Gebühren und Umlagen				1 596,61
4. Kassenbestand und Postscheckguthaben				3 426,27
5. Bankguthaben				25 723,06
6. Sonstige Forderungen				26 809,69
III. Posten der Rechnungsabgrenzung				3 503,03
IV. Rückgriffsforderungen wegen persönlicher Schuldhaft RM 658 279,05				
				5 048 343,89

Passiva

		RM
I. Grundkapital		200 000,—
(800 Stück Aktien Nennbetrag RM 100,—		
150 „ „ „ 1000,—		
2000 Stimmen)		
II. Gesetzliche Rücklage		15 [illegible] —
III. Rückstellungen		29 [illegible] 28
IV. Verbindlichkeiten		
1. Hypothekenschulden		4 [illegible] 158,04
2. Pflichtsummen der Mieterschaft		82 [illegible] 25,—
3. Langfristige Baudarlehen		61 000,—
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		12 [illegible] 40
5. Sonstige Verbindlichkeiten		5 298,—
V. Posten der Rechnungsabgrenzung		10 [illegible] 12
VI. Nicht verteilter Reingewinn aus 1942		10 790,35
VII. Reingewinn 1943		10 666,50
VIII. Verbindlichkeiten wegen persönlicher Schuldhaft RM 658 279,05		
		5 048 343,89

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1943

Aufwendungen

	RM	RM
1. Abschreibungen auf Anlagen		85 882,01
2. Verwaltungskosten		
a) Gehälter, Aufwandsentschädigungen und sonstige Personalkosten einschl. der sozialen Abgaben	11 138,70	
b) sachliche Verwaltungskosten	2 486,76	13 614,06
3. Betriebskosten		
a) Steuern	41 233,11	
b) Löhne, Aufwandsentschädigungen und sonstige Personalkosten einschl. der sozialen Abgaben	9 385,61	
c) sachliche Betriebskosten	32 684,54	83 303,26
4. Instandhaltungskosten		61 008,—
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		126 069,69
6. Beiträge an Berufsvertretungen		685,—
7. Alle übrigen Aufwendungen		3 111,19
8. Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage		1 250,—
9. Gewinn des Geschäftsjahres (Gewinnvortrag RM 10 790,35)		10 666,50
		385 589,73

Erträge

	RM
1. Mieteinnahmen	360 823,70
2. Pachtgeldeinnahmen	3 000,15
3. Zinsen und ähnliche Erträge	10 284,09
4. Außerordentliche Erträge	11 481,79
	385 589,73

Berlin-Steglitz, im September 1945.

Deutsche Gesellschaft für Siedlung und Wohnungsbau
Gemeinnützige Aktiengesellschaft (Desiwo)
Der Vorstand

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung und der Jahresabschluß den gesetzlichen Vorschriften.

Berlin, im März 1945.

Verband Berliner Wohnungsunternehmen

Deutsche Gesellschaft für Siedlung und Wohnungsbau
Gemeinnützige Aktiengesellschaft (Desiwo)
Bilanz zum 31. Dezember 1944

Aktiva

	Zugang RM	Abgang RM	Abschreibung RM	RM
I. Anlagevermögen				
1. Unbebaute Grundstücke	—	—	—	157 592,80
2. Wohngebäude	—	839 804,40	45 139,60	3 527 921,—
3. Geschäftsgebäude	—	27 190,—	2 780,—	53 780,—
4. Forderungen an das Reich für Sachschäden an Gebäuden	861 920,—	—	—	900 405,—
5. Noch nicht abgerechnete Neubauten	6 717,01	16 715,—	—	63 209,75
6. Geschäftsausstattung	40,—	—	40,—	1,—
	868 677,01	878 709,40	47 958,50	4 735 983,55
II. Umlaufvermögen				
1. Wertpapiere				264 725,—
2. Hypotheken				2 842,45
3. Forderungen an das Reich für Nutzungsschäden				60 683,10
4. Forderungen an Mieten, Gebühren und Umlagen				1 996,44
5. Kassenbestand und Postscheckguthaben				4 831,96
6. Bankguthaben				5 597,23
7. Vorräte an Brennstoffen				236,75
8. Sonstige Forderungen				13 641,35
III. Posten der Rechnungsabgrenzung				11 847,72
IV. Rückgriffsforderungen wegen persönlicher Schuldhaft RM 63 648,79				
				5 104 374,55

Passiva

	RM	RM
I. Grundkapital		200 000,—
II. Gesetzliche Rücklage		16 180,—
III. Rückstellungen		
a) für Bauerneuerung	313 180,37	
b) für Betriebskosten	1 000,—	
c) für Verkaufsverbindlichkeiten	33 860,56	348 040,93
IV. Wertberichtigungen zu Posten des Anlagevermögens		63 027,65
V. Verbindlichkeiten		
1. Hypothekenschulden		4 259 954,58
2. Pflichtsummen der Mieterschaft		92 644,20
3. Langfristige Baudarlehen		64 000,—
4. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		14 600,86
VI. Posten der Rechnungsabgrenzung		
1. Vorausbezahlte Mieten		16 445,18
2. Rückerstattung von Mietgebühren		24,30
VII. Reingewinn		
1. Gewinnvortrag aus den Vorjahren	21 456,85	
2. Gewinn 1944	8 000,—	29 456,85
VIII. Verbindlichkeiten wegen persönlicher Schuldhaft RM 64 648,79		
		5 104 374,55

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1944

Aufwendungen

	RM	RM
1. Abschreibungen auf Posten des Anlagevermögens		47 958,60
2. Verwaltungskosten		
a) Gehälter und sonstige Personalkosten einschließlich der sozialen Abgaben	11 623,15	
b) sächliche Verwaltungskosten	2 266,70	13 889,85
3. Zuweisungen zu Wertberichtigungen von Anlagen		63 027,65
4. Betriebskosten Steuern, Hauswartlöhne und soziale Abgaben sowie sächliche Betriebskosten		71 823,76
5. Instandhaltungskosten		61 003,—
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		123 609,90
7. Beiträge an Berufsvertretungen		685,—
8. Alle übrigen Aufwendungen		2 560,45
9. Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage		1 180,—
10. Gewinn des Geschäftsjahres		8 000,—
		393 743,21

Erträge

	RM
1. Mieteinnahmen	360 174,10
2. Pachtgeldeinnahmen	4 000,20
3. Zinsen und ähnliche Erträge	9 799,09
4. Außerordentliche Erträge	19 769,82
	393 743,21

Berlin-Steglitz, im Juli 1946.

Deutsche Gesellschaft für Siedlung und Wohnungsbau
Gemeinnützige Aktiengesellschaft (Desiwo)
Der Vorstand

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften, abgesehen davon, daß die Bewertung von zweifelhaften Vermögensteilen, die sich aus den Kriegseinwirkungen und dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches ergeben, noch nicht berücksichtigt worden sind.

Berlin, im September 1946.

Verband Berliner Wohnungsunternehmen

Deutsche Gesellschaft für Siedlung und Wohnungsbau Gemeinnützige Aktiengesellschaft (Desiwo)

Bilanz zum 31. Dezember 1945

Aktive

	Zugang RM	Abgang RM	Abschreibung RM	RM
I. Anlagevermögen				
1. Unbebaute Grundstücke	—	—	—	157 593,60
2. Wohngebäude	—	567 708,50	39 429,10	2 920 783,40
3. Geschäftsgebäude	—	—	1 737,40	52 042,60
4. Noch nicht abgerechnete Neubauten	—	—	—	63 209,75
5. Geschäftsausstattung	—	—	—	1,—
	—	567 708,50	41 166,50	3 193 630,55
II. Umlaufvermögen				
1. Forderungen an Mieten Gebühren und Umlagen				14 216,24
2. Kassenbestand und Postscheckguthaben				4 227,01
3. Bankguthaben				45 299,08
4. Mietscheinguthaben				1 865,90
5. Sonstige Forderungen				21 770,95
III. Posten der Rechnungsabgrenzung				741,10
IV. Vermögensposten deren Bestand oder Wert durch Kriegs- oder Kriegsfolgeschäden beeinträchtigt sind:				
1. Anlagevermögen				1 468 113,50
2. Sonstiges Vermögen				35 072,—
3. Umlaufvermögen				
a) Wertpapiere				264 725,—
b) Gesperrtes Bankguthaben				61 928,98
c) Gesperrtes Postscheckguthaben				5 074,58
d) Nutzungsschaden				12 229,70
V. Rückgriffsforderungen wegen persönlicher Schuldhaft RM 62 478,96				
				5 126 897,19

Passive

	RM	RM
I. Grundkapital		200 000,—
II. Gesetzliche Rücklage		16 403,28
III. Rückstellungen		
a) für Bauerneuerung	335 836,34	
b) für Betriebskosten	32 159,95	
c) für Betriebskosten, total zerstört	5 644,55	
d) für Verkaufseigenheime	33 860,56	407 501,40
IV. Wertberichtigungen		63 027,65
V. Verbindlichkeiten		
1. Hypothekenschulden		3 475 404,96
2. Pflichtsummen der Mieterschaft		95 095,18
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		41 324,31
VI. Posten der Rechnungsabgrenzung Vorausbezahlte Mieten		6 212,78
VII. Vermögensposten, deren Bestand oder Wert durch Kriegs- oder Kriegsfolgeschäden beeinträchtigt sind:		
a) Hypothekenschulden (totalzerstört)		754 956,19
b) Langfristige Baudarlehen		64 250,—
c) Dubiose Eingänge		1 211,—
VIII. Reingewinn		
Nicht verteilter Reingewinn aus 1942—1944	25 136,85	
Abzüglich Verlust 1945	23 626,39	1 510,46
IX. Verbindlichkeiten wegen persönlicher Schuldhaft RM 62 478,96		
		5 126 897,19

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1945

Aufwendungen

	RM	RM
1. Abschreibungen auf Posten des Anlagevermögens		41 166,50
2. Verwaltungskosten		
a) Gehälter und sonstige Personalkosten und soziale Abgaben	9 866,85	
b) sächliche Verwaltungskosten	3 187,13	13 053,98
3. Gebäudeinstandsetzungs-Abgabe		58 107,82
4. Betriebskosten Steuern, Hauswartlöhne und soziale Abgaben sowie sächliche Betriebskosten		62 185,68
5. Instandhaltungskosten		50 940,—
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		53 821,32
7. Beiträge an Berufsvertretungen		635,—
8. Alle übrigen Aufwendungen		868,55
9. Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage		223,26
		281 052,09

Erträge

	RM
1. Mieteinnahmen	249 589,22
2. Pachtgeldeinnahmen	3 666,85
3. Zinsen und ähnliche Erträge	1 403,47
4. Außerordentliche Erträge	2 766,16
Verlust (Gewinn-Vortrag 1942—1944 RM 25 136,85)	23 626,39
	281 052,09

Berlin-Steglitz, im August 1947.

Deutsche Gesellschaft für Siedlung und Wohnungsbau Gemeinnützige Aktiengesellschaft (Desiwo)

v. Cleef Wickmann

Berlin, im Dezember 1947.

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer pflichtmäßigen Prüfung auf Grund der Bücher und der Schriften der Gesellschaft sowie der vom Vorstand erteilten Aufklärungen und Nachweise entsprechen die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den gesetzlichen Vorschriften, abgesehen davon, daß die Bewertung von zweifelhaften Vermögensteilen, die sich aus den Kriegseinwirkungen und dem Zusammenbruch des Deutschen Reiches ergeben, noch nicht berücksichtigt worden sind.

Verband Berliner Wohnungsunternehmen
(Baugenossenschaften und -gesellschaften) e. V.
Organ der staatlichen Wohnungspolitik
Der Verbandsleiter
Dr. Bodien

IV. Sonstige Bekanntmachungen

Benachrichtigungen

Evangelische Kirchengemeinde von St. Georgen

Alle Inhaber von belegten und unbelegten Grabstellen (auch Erbbegräbnissen) auf unseren Friedhöfen

I. am Königstor, Greifswalder Straße 229/234,
II. Landsberger Allee 21/23,
III. Weißensee, Roelckestraße 142/150

werden hiermit letztmalig aufgefordert, umgestürzte Grabmäler usw. bis zum 15. Mai 1948 aufrichten zu lassen. Sofern dies nicht geschehen ist, werden sie von der Friedhofsverwaltung fortgeräumt und gehen in deren Besitz über.

Die Liegefrist aller im Jahre 1918 belegten Grabstellen sowie der 1928 belegten Kinder- und Urnenstellen ist mit Ablauf des Jahres 1948 beendet.

Wegen einer Verlängerung ist in jedem Falle zunächst bei der betreffenden Friedhofsverwaltung und erst dann bis zum 1. April 1948 von 9 bis 14 Uhr (sonnabends von 9 bis 12 Uhr) in der Küsterei, Kurzestraße 20, vorzusprechen.

Der Vorsitzende des Gemeindekirchenrats:
Moll, Pfarrer.

Der Gemeindekirchenrat der Jerusalems- und Neuen Kirchengemeinde

Alle Inhaber von belegten und unbelegten Grabstellen (auch Erbbegräbnissen) werden hiermit letztmalig aufgefordert, umgestürzte Grabmäler bis 15. Mai 1948 aufrichten zu lassen. Sofern dies nicht geschehen ist, werden sie von der Kirchhofsverwaltung fortgeräumt und gehen in deren Besitz über.

Die Liegefrist aller im Jahre 1922 belegten Grabstellen, sowie der im Jahre 1927 belegten Kinder- und Urnenstellen ist mit Ablauf des Jahres 1947 beendet.

Wegen einer Verlängerung bitten wir bis zum 31. Mai 1948 von 9 bis 15 Uhr, außer sonnabends, bei dem Kirchenbüro, Berlin SW 68, Friedrichstraße 31 r. Stfl. III (U-Bahnhof Kochstraße) vorzusprechen.

Der Vorsitzende: Kriwath, Pfarrer.

Hinweis
betr. Veröffentlichungen im Verordnungsblatt

Wir weisen auf die Anordnung der Alliierten Kommandantur Berlin Nr. BK/O (47) 17 vom 23. Januar 1947 (VOBl. 1947 S. 19) hin, die das Verordnungsblatt für Groß-Berlin zum „Mitteilungsblatt" für Berlin im Sinne des Artikels III des Gesetzes Nr. 30 des Kontrollrates bestimmte.

In allen Fällen, in denen auf Grund von gesetzlichen Bestimmungen, Satzungen usw. eine Veröffentlichung in dem Deutschen Reichsanzeiger erforderlich oder vorgesehen ist, ist an deren Stelle eine Veröffentlichung im Verordnungsblatt für Groß-Berlin zu bewirken. Alle anderen Veröffentlichungen, z. B. in Wirtschaftsblättern, Wirtschaftsteilen der Tageszeitungen usw., sind als private Veröffentlichungen zu betrachten, die nicht die Rechtswirkungen einer Veröffentlichung im Verordnungsblatt für Groß-Berlin haben.

Redaktion und Verlag

Herausgeber: Magistrat von Groß-Berlin, Berlin C 2, Neues Stadthaus. Herausgabe erfolgt nach Bedarf. Verlag: DAS NEUE BERLIN Verlagsgesellschaft m.b.H., Berlin N 4, Linienstraße 139/140. Telefon: 42 59 41. Postscheckkonto Berlin 2857 89. Bestellungen sind nur an den Verlag zu richten. Bezugspreis vierteljährlich 3 RM zuzüglich Postgebühren, Einzelheft 0,35 RM. Redaktion: Berlin C 2, Klosterstraße 64. Chefredakteur Adolf Erlenbach, Telefon: 51 03 11, App. 150. Das zur Veröffentlichung bestimmte Material ist der Redaktion einzusenden. Erscheint mit Genehmigung der Alliierten Kommandantur Berlin laut Anordnungen Nr. BK/O (45) 263 vom 13. Juni 1945 und Nr. BK/O (47) 17 vom 23. Januar 1947. Veröffentlicht unter Lizenz-Nr. 91 der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. (37) Druckerei Berlin N 4, Linienstraße 139/140. 5295. 23. 2. 48